

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M.
im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.
einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und
72 Pf. Postbestellgebühren. Auslands-
abonnement 6,- M. pro Monat; für
Länder mit einseitigem Druckfachen-
porto 8,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Beilage „Welt
und Zeit“, Ferner „Frauenstimme“,
„Tehmit“, „Bild in die Arbeiterwelt“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Mittwoch
14. Januar 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kopiergebühr
50 Pfennig. Reklametexte 5,- Reichs-
mark. „Kleine Anzeigen“ des ein-
seitigen Wort 25 Pfennig (zweifach
gesetzte Wörter), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stellenangebote des ein-
seitigen Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 3 wochentags
von 8^{1/2} bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, D. V. u. D. G. - Ges., Postfach, Jerusalemstr. 65-66.

Vorbereitung für Genf.

Kabinettsitzung ohne Brüning.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Dienstag
nachmittag mit der bevorstehenden Tagung des Völker-
bundsrats. Der Reichsminister des Auswärtigen er-
stattete eingehenden Bericht über die in Genf zu behandelnden
Fragen. Die hierüber gepflogene Aussprache ergab, wie
amtlich mitgeteilt wird, vollkommene Einmütigkeit über die
von der deutschen Delegation einzunehmende Haltung.

Der Reichskanzler wählte der Besprechung nicht
bei, da er an einer leichten Grippe erkrankt ist und einige
Tage das Bett hüten muß.

Der Reichspräsident empfing am Dienstag den Reichs-
außenminister Dr. Curtius zum Vortrag.

Verfugung des Falles Deutschland-Polen.

London, 13. Januar. (Eigenbericht.)

Wie wir erfahren, soll Polen auf der Völkerbundstagung eine
Frist von zwei Monaten zur Beantwortung der deutschen Be-
schwerte über die Behandlung der deutschen Minderheiten bean-
tragen. Da die Völkerbundsorgane eine solche Beantwortungs-

frist gestatten, falls ein Staat, gegen den eine Beschwerde ein-
gereicht ist, sie verlangt, so besteht die Möglichkeit, daß das deutsche
Memorandum auf der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundes
nicht öffentlich diskutiert wird.

Volksbunds-Petition in Genf.

Die Petition des deutschen Volksbundes, die
weiteres Material über die Unterdrückung der deutschen Minder-
heiten in Ostpreußen enthält, ist beim Generalsekretär des
Völkerbundes eingegangen. Es unterliegt der Entscheidung des
Generalsekretärs, ob die Petition, wie es der deutsche Volksbund
beantragt, für dringlich erklärt und noch auf die Tages-
ordnung der bevorstehenden Ratstagung gesetzt wird.

Pan-Europa.

London, 13. Januar. (Eigenbericht.)

Außenminister Henderson reist am Donnerstag nach Genf.
Am Freitag wird er dort mit den übrigen Delegierten Belgiens Plan
über die Vereinigten Staaten von Europa diskutieren. Die Rats-
sitzungen werden nicht vor Montag beginnen.

Selbstregierung für Indien!

Das Ergebnis der Londoner Konferenz.

London, 13. Januar. (Eigenbericht.)

Seit neun Wochen arbeitet die englisch-indische Konferenz mit
wechselndem Geschick. Viele Kommissionen und Unterausschüsse waren
am Werk, private Unterhändler opfereten Tage und Nächte und
überall tauchte Macdonald auf, um zu schlichten, zu vermitteln und
zu veröhnen. Auf seinen Schultern lag die ganze Last und
Schwere der Beratungen, die jetzt ihrem Ende entgegengehen; daß
sie ein Problem wie das indische nicht lösen können, war von vorn-
herein klar. Die Entwicklung in Indien ist nicht die Frage einer
Konferenz, und wenn sie selbst neun Jahre andauern würde! Die
im Anfangsstadium begriffene bürgerliche Revolutionierung Indiens
und die bürgerliche Emanzipation seines Volkes wird Jahrzehnte
brauchen, bis der letzte Stein gesetzt ist. Welche Probleme sich hier
aufhäufen, beweist die eine Tatsache, daß es in London nicht möglich
gewesen ist, Hindus und Moslems auf eine gemeinsame Linie zu
bringen.

Vom ersten Tag an war dieser religiöse Gegensatz das Haupt-
hindernis der Konferenz, er ist es geblieben und bedroht selbst
die Arbeiten der Verfassungskommission.

deren Ergebnis auszugswise veröffentlicht worden ist.

In diesen Arbeiten ist die Frucht der gesamten Londoner Kon-
ferenz niedergelegt. Sie ist den Umständen nach das Höchstmögliche,
dessen, was erreicht werden konnte. Die Konferenz überläßt die
innere Entwicklung Indiens den Indern, sie gibt dem tausendfach
gespaltenen und zerstückelten indischen Volke einen staatspolitischen
Rahmen für alle kommenden Fortschritte.

Im Verhältnis zu England gibt das Mutterland den alten
Herrschaftspunkt auf. Indien ist auf dem Wege zu einem
selbständigen Dominion.

In einigen Jahren soll es Herr seiner eigenen Geschichte sein. England
ist mit der „Indianisierung“ der indischen Armee und dem allmäh-
lichen Abzug der britischen Truppen einverstanden. Die indische

Frage und die indische Entwicklung wird sich nicht mehr in dem
Kampf Englands und Indiens ausdrücken. Es wird in Zukunft
der Kampf der Inder untereinander sein. Indien wird zu
einem Föderationsstaat umgewandelt. Die bisher absoluten
Fürsten verzichten auf einen großen Teil ihrer Macht zugunsten
der Einzelstaaten und der einzelstaatlichen Verwaltung. Die Basis
dieser indischen Föderation bildet ein Parlament, das aus
Senat und Unterhaus besteht. Der Senat wird von den einzelstaat-
lichen Parlamenten gewählt; das Unterhaus in direkten und
indirekten Wahlen, wobei den religiösen Minderheiten, der
unterdrückten Klasse, den Arbeitern usw. eine gewisse
Zahl von Parlamentssitzen zuweisen soll. Der Generalgouverneur
(Vizekönig) ernannt den Ministerpräsidenten, der sein Kabinett bildet,
das wiederum dem Parlament verantwortlich ist und von
ihm gestützt werden kann. In der Übergangszeit bleibt dem
Generalgouverneur ein Einspruchsrecht gegen die Parliaments-
beschlüsse, das sich jedoch hauptsächlich auf Armee und Finanzfragen
beschränkt.

Die britischen Konservativen erklärten, sie müßten diesen Zu-
ständnissen an Indien ihre Zustimmung verweigern. Auch der
Führer der indischen Moslems übte heftige Kritik, weil er den
Schutz der mohammedanischen Minderheit vermissen. Schließlich haben
auch die Delegierten der Hindus Sonderwünsche angemeldet.

Die Konferenz ist zu Ende. Macdonald wird die Stellung der
britischen Regierung am Freitag oder Montag in einer Plenar-
sitzung darlegen.

Als Ausweg aus der Sackgasse der Sonderwünsche soll jeder Dele-
giertengruppe überlassen bleiben, ihre Vorbehalte dem Verfassungs-
dokument anzuhängen.

Indien ist auf dem Wege zum Dominion und zur Selbstverwal-
tung und damit wird, wenn die Konferenz den Kommissionsbericht
annimmt, der schwerste Stein hinweggeräumt sein, der bisher die
innere Entwicklung von Land und Volk gehemmt hat. Das wird die
große historische Bedeutung der Londoner Konferenz sein.

Auf Dietrichs Spuren.

Reaktion in der Steuerpolitik.

Von Anton Erkelenz.

Die verfassungsrechtliche Bedeutung der neuerlichen Not-
verordnungs-Gesetzgebung wird sich in vollem Umfange erst
nach einer Reihe von Jahren übersehen lassen. Da moderne
Verfassungen ganz überwiegend auf der moralischen Achtung
des selbstgegebenen Gesetzes beruhen, ist jede Mißachtung vor-
handener Verfassungsbestimmungen eine prinzipielle Vernei-
nung der Verfassung und deshalb äußerst gefährlich. Mit
Zweckmäßigkeitserwägungen allein lassen sich diese Dinge nicht
abtan. Mit den Notverordnungen ist also die Weimarer Ver-
fassung, gelinde ausgedrückt, in ein sehr schwieriges Kapitel
ihrer Entwicklungsgeschichte eingetreten.

Aber hier sollte in erster Linie auf eine andere, sehr be-
denkliche Rückwärtsentwicklung hingewiesen werden, die durch
die zweite Notverordnung eingeleitet ist: auf die Rückwärts-
revidierung unserer steuerpolitischen Einrichtungen. Wenn
man deutlich formulieren will, kann man sagen: die zweite
Notverordnung bringt in steuerpolitischer Hinsicht eine Be-
seitigung der in einem hundert Jahre langen Kampf herbei-
geführten Fortschritte und Ideen. Das prägt sich darin aus,
daß die Einkommensteuer für die Landwirtschaft mit Ein-
kommen unter 6000 M. ganz beseitigt ist. Ferner wird die
Beseitigung der Einkommensteuer für das Gewerbe grund-
sätzlich ausgesprochen, ihre Durchführung aber noch von einer
besonderen Ministerialverordnung abhängig gemacht. Auch im
Gewerbe soll die Einkommensteuer erst beginnen bei einem
Einkommen von über 6000 M. Da man wohl damit rechnen
muß, daß der Reichsfinanzminister von dem ihm erteilten
Recht einer solchen Verfügung Gebrauch machen wird, so
heißt das, daß für alle Einkommen unter 6000 M. in Ge-
werbe und Landwirtschaft die Einkommensteuer beseitigt ist.
An sich müßte das als selbstverständlich zur Folge haben, daß
auch die Lohnsteuer für die Lohn- und Gehaltsempfänger
unter 6000 M. Jahreseinkommen beseitigt wird. Ob das be-
absichtigt ist, steht dahin. Es würde den Reichshaushalt völlig
aus den Fugen reißen.

Gleichzeitig mit dieser Entwicklung hat eine starke Aus-
dehnung der indirekten Steuern stattgefunden, und es ist
durch die Einführung der Bürgersteuer eine neue
Klassensteuer in Deutschland geschaffen worden. Was
die Bürgersteuer im Rahmen unseres steuerpolitischen Systems
auf die Dauer bedeuten wird, läßt sich heute nicht abschätzen.
Unzweifelhaft trägt sie in sich die Tendenz auf Beseitigung
der Einkommensteuer und ihrer Ersetzung durch eine Klassen-
steuer. Grundsätzlich betrachtet, bedeutet das auch die Beseiti-
gung der sozialen Abstufungen im Rahmen der Einkommen-
steuer. Es bedeutet die Ersetzung der Einkommensteuer durch
eine Gewerbesteuer, das heißt eine indirekte Steuer, deren Ab-
wälzung auf die Produktion grundsätzlich vorausgesetzt wird,
während die Einkommensteuer von der grundsätzlichen Auf-
fassung ausgeht, daß keine Abwälzung stattfinden soll.

Reben die gewaltige Steigerung der in direk-
ten Steuern einschließlich der neuen Gewerbesteuer tritt
die Bürgerabgabe als Klassensteuer. Die Klassensteuer
wurde, wenn ich mich nicht irre, im Jahre 1820 in Preußen
eingeführt. Die steuerpolitische Gesetzgebung der zweiten Not-
verordnung hat also in weitgehendem Umfange die Tendenz,
hundert Jahre steuerpolitischer Verbesserungen und Verfeine-
rungen zu beseitigen und zu rohen Kopf- und Klassensteuern
zurückzuführen.

Der Satz, daß indirekte Steuern abwälzbar, direkte
Steuern nicht abwälzbar seien, hatte stets einen stark politi-
schen Charakter. Nachdem die Arbeitnehmerschaft zum neuen
Staat anders steht als zum alten, kann sie auch ihre Stellung
zur Steuerpolitik einer erneuten Nachprüfung unterziehen.
Weder sind indirekte Steuern auf jeden Fall unsozial, noch
sind direkte Steuern auf jeden Fall sozial und gerecht.
Wir wissen heute, daß auch die Einkommensteuer abgewälzt
wird und abwälzbar ist, sobald sie eine gewisse Höhe der Be-
lastung überschreitet. Die Reichseinkommensteuer ist nicht so
hoch, wie manchmal in den agitatorischen Behauptungen ihrer
Begner dargelegt wird, aber sie überschreitet, zum mindesten
in Deutschland und England, die Grenzen der Unabwälzbar-
keit. Insofern ist der Streit um direkte oder indirekte Steuern
heute nicht mehr von derselben Bedeutung wie früher.

Wenn der alte Satz, daß indirekte Steuern auf jeden Fall
schlecht und direkte Steuern auf jeden Fall besser seien,
auch heute nicht mehr in vollem Umfange zutrifft, so darf
man aber daraus nicht den Schluß ziehen, daß das Um-
gekehrte richtig sei. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum,
wenn wir heute annehmen wollten, daß indirekte Steuern
besser seien als direkte. Die Reichssteuerpolitik der letzten
Jahre geht sehr weitgehend von diesem falschen Gedanken aus.
Und auch die öffentliche Meinung hat sich daran gewöhnt,
Erhöhungen der indirekten Steuern ziemlich teilnahmslos
gegenüberzustehen. Auch wenn es im Grunde genommen
gleichgültig wäre — was nicht der Fall ist —, ob man direkte
oder indirekte Steuern macht, so bleibt bei den indirekten

Streikrawall in Erfurt.

Steinwurf gegen Polizeibeamte. — Die Polizei schießt
Ein Maurer getötet.

Erfurt, 13. Januar. (WZB.)

Bei der Berlin-Erfurter Maschinenfabrik Geny
Pelz u. Co., Erfurt, war die gesamte Belegschaft in
den Streik getreten, weil die Werkleitung die im
Thüringer Metallschiedspruch vorgesehene sechspro-
zentige Lohnsenkung vorgenommen hatte. Nach
der Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruchs nahm
die Hälfte der Belegschaft die Arbeit wieder auf, während
die andere Hälfte, meistens Kommunisten, im Streik ver-
harrten. Schon gestern nachmittag kam es vor den Werk-
stätten zu Beschimpfungen durch die angesammelten

Streikenden und Erwerbslosen. Polizei mußte mit dem
Gummiknüppel die Demonstranten zerstreuen. Sie wurde
mit Steinen beworfen, wobei ein Polizeioffizier
eine Wunde am Kopf davontrug.

Heute nachmittag gegen 17 Uhr kam es gelegentlich
des Schichtwechsels wieder mehrfach zu Zusammen-
stößen zwischen den Arbeitenden, Streikenden und Er-
werbslosen. Hierbei wurde ein Arbeitender schwer ver-
letzt. Die Polizei wurde, als sie eine Straße des Er-
furter Nordens räumen wollte, mit einem Stein-
wurf empfangen. Sie machte von der Schußwaffe
Gebrauch. Hierbei wurde der 28 Jahre alte Erwerbs-
lose Maurer Hugo Hoffmann aus Gisperleben
bei Erfurt tödlich getroffen und eine weitere Ver-
sion durch Armschuh verletzt.

Steuern doch immer noch die Frage, wer die Abwälzung vorzunehmen hat.

Die indirekten Steuern belasten in erster Linie den Verbrauch. Dem Verbraucher steht es an sich frei, sie auf andere, das heißt durch Steigerung des Einkommens auf die Produktion abzuwälzen. Diese Abwälzung, also die der indirekten Steuerbelastung entsprechende Erhöhung des Realeinkommens, ist nicht immer zu erzielen. So ist zur Zeit zum Beispiel die Arbeiterschaft nicht in der Lage, die neuen Belastungen mit indirekten Steuern abzuwälzen. Infolgedessen müssen zur Zeit die gesamten neuen Belastungen von denen getragen werden, die sie in erster Linie bezahlen. Auch wenn man direkte und indirekte Steuern als politisch und sozial gleichwertig betrachten wollte — was falsch wäre —, bleibt bei der indirekten Steuer immer noch die Schwierigkeit und die Fraglichkeit der Abwälzung bestehen.

Die liberale Steuertheorie des vorigen Jahrhunderts ging von dem Gedanken aus, daß die Produktion mit Steuern und Zöllen möglichst wenig belastet werden soll. Was der Staat an Steuern brauchte, sollte er dort wegnehmen, wo am Ende der Produktion Einkommen und Vermögen entstanden ist. Deshalb will der Liberalismus den gesamten steuerlichen Bedarf der öffentlichen Hand durch Einkommensteuer, Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer decken, damit die Produktion nicht durch indirekte Steuern belastet, verzerrt, verschoben wird.

Es ist nirgendwo in der Welt gelungen, dieses liberale Ideal der Steuerpolitik vollständig zu verwirklichen. Aber es war damit ein Ideal aufgestellt, das nicht bloß in produktionspolitischer, sondern auch in sozialer Hinsicht wichtig und notwendig war. Was dieses steuerpolitische Ideal vom Standpunkt der liberalen Grundidee des freien Spiels der Kräfte zu bedeuten hat, braucht hier nicht im einzelnen erörtert werden. Das ist mehr eine Frage der Vergangenheit. Aber auch der sozialen Gedanken zugängliche Liberalismus und ganz besonders der moderne Sozialismus der Arbeiterparteien haben, wenn auch aus ganz anderen Grundgedanken heraus, dieses liberale Ideal der Steuerpolitik zu ihrem Grundgedanken gemacht. Das war besonders auch im Licht der heutigen Erfahrung richtig und notwendig. Wenn wir zur völligen oder fast völligen Beseitigung der Einkommensteuer kommen — und wir sind auf dem besten Wege dazu —, dann bedeutet das, daß der Reiche und Reichste keinerlei steuerliche Sonderleistungen mehr zu tragen hat.

Von all den grundsätzlichen Bedenken, die gegen die Dietrichsche Steuerpolitik aus den angeführten Gründen zu erheben sind, könnte man eine Reihe wenigstens zeitweise zurückstellen, wenn durch diese Steuerpolitik die Beseitigung Steuerpolitik die Einnahmen der öffentlichen Körperschaften gefördert würde. Mit anderen Worten: wenn durch diese Steuerpolitik die Einnahmen der öffentlichen Körperschaften und besonders des Reiches sich wenigstens steigern ließen. Das ist aber nicht der Fall. Die Beseitigung der Einkommensteuer für das gesamte Gewerbe kostet der Reichskasse viele hunderte Millionen. Diese Mindereinnahme vergrößert entweder die Finanznot des Reiches, oder es muß durch weiteres Anziehen der indirekten Steuern ein Ausgleich geschaffen werden. Was das sozial bedeutet, ist oben kurz angedeutet. Für die Beseitigung der Einkommensteuer in dem angezeichneten Umfang wird aber auch von keiner Seite eine höhere Einnahme für die Reichskasse erwartet, sondern es wird zur Begründung nur angeführt, daß damit der Steuerapparat vereinfacht und verbilligt werden könnte. Das wäre vielleicht zutreffend, wenn nicht durch die Bürgerabgabe, durch die Gemeindegetränkabgabe, durch die Gemeindebesteuer usw. der Steuerapparat an einer anderen Stelle wieder erneut aufgebläht wird. Was das Reich durch die angebliche Verbilligung der Steuererhebung bestenfalls erspart, wird mehr aufgezehrt durch die neuen Steuerapparate, die sich die Gemeinden aufbauen werden.

Die sozial betrachtet so gefährliche Beseitigung der steuerpolitischen Fortschritte eines ganzen Jahrhunderts erleichtert also in keiner Weise die Reichsfinanzen, vermindert auch nicht die Verwaltungskosten für die Steuererhebung. Alles in allem: es werden wichtige staatspolitische und steuerpolitische Fortschritte beseitigt, ohne daß man einen anderen Zweck dafür erkennen könnte als den, entsprechend dem herrschenden Schlagwort von der Kapitalbildung und die Kapitalbesitzer von Steuerbelastungen möglichst zu befreien und überwiegend den breiten Volksschichten der Minderbemittelten die Lasten aufzuerlegen.

Der Reichsfinanzminister Dietrich, der schon führend vorgegangen ist bei dem Kampf gegen eine liberale Handelspolitik (er will ab 1935 die Meißbegünstigung abschaffen) und bei der Beseitigung des letzten Restes einer liberalen Agrarpolitik und ihre Ersetzung durch eine reine Subventionspolitik des Großbesitzes, schafft also jetzt auch die liberalen Errungenschaften in der Steuerpolitik ab. Dietrich hat auf dem Gründungsparlament der Staatspartei gesagt: „Das Zeitalter des Liberalismus liegt hinter uns. Das Gute, was er gebracht hat, übernehmen wir in die Zukunft; die Geistesfreiheit und die Duldsamkeit.“ Es sieht wirklich so aus, als wenn von allen liberalen Fortschritten nur noch die Duldsamkeit übrig bleiben soll.

Herold gestorben.

Der älteste Zentrumsabgeordnete.

Der Zentrumsabgeordnete Karl Herold ist am Dienstag in Münster nach kurzer Krankheit verstorben. Herold, der im 83. Lebensjahre stand, gehörte seit 1889 dem Preussischen Landtag und seit 1898 dem Reichstag ununterbrochen an. Er war außerdem Ehrenvorsitzender der Deutschen Zentrumspartei und gehörte seit 1906 dem Vorstand der westfälischen Zentrumspartei an.

Herold wurde am 20. Juli 1848 auf dem Gut Loevelinkloe bei Münster i. W. geboren. Er nahm bald eine führende Stellung in der westfälischen Landwirtschaft ein, wurde bei dem vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter seines Heimatortes Münster in den Provinziallandtag, in den Kreistag und Kreisaußschuß sowie in die Gemeindevorstellung gewählt. Er wurde Vorsitzender oder Ehrenvorsitzender fast aller wichtigen örtlichen Berufsvereinigungen. In der Politik trat er seit Ende der 80er Jahre als Mitglied der Zentrumspartei hervor.

Nach der Revolution wurde er sowohl in die Nationalversammlung als auch in die preussische Landesversammlung gewählt. Ebenso war er seit 1920 bis zu seinem Tode Mitglied des Reichstags und des Preussischen Landtages, zuletzt in beiden Parlamenten Alterspräsident.

In früheren Jahren war Herold einer der schärfsten Gegner der Sozialdemokratie und der von ihr geforderten Gleichberechtigung der Arbeiter. Im Laufe der Zeit hatte er sich wohl mit der Unabänderlichkeit der Entwicklung abgefunden. Er trat in den Parla-

Volkspartei unterm Hafenkreuz.

So sehen Stresemanns Erben aus!

Braunschweig, 13. Januar. (Eigenbericht.)

Die Deutsche Volkspartei des Landes Braunschweig steht noch immer zu dem Naziminister Franzen, trotzdem diesem Herrn vom höchsten braunschweigischen Gericht beschuldigt wurde, daß er vor der Polizei und damit auch vor dem Landtag und der Öffentlichkeit die Unwahrheit gesagt hat. Nur zu der nationalsozialistischen Fraktion des Braunschweigischen Landtags hat die Deutsche Volkspartei noch kein rechtes Vertrauen, wie folgende Erklärung des Landesvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Landtagsabgeordneter Brandes, beweist:

„Die hiesige Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hat gegen die Deutsche Volkspartei in der Öffentlichkeit den Vorwurf erhoben, sie hätte Koalitionssehnsucht nach den Sozialdemokraten. Ich glaube, keine bürgerliche Gruppe hat stärker als die Deutsche Volkspartei zum Ausdruck gebracht, daß nach den Erfahrungen der letzten Jahre die Sozialdemokraten von der Regierung ausgeschlossen werden müßten, und daß man ernsthaft versuchen müsse, mit den Nationalsozialisten gemeinsam zu regieren, um dieser Partei die Möglichkeit zu geben, ihre Fähigkeiten, die sie auf freiem agitatorischen Gebiet zweifellos gezeigt hat, auch in der politischen Verantwortung zu zeigen. Hier sehen wir aber bei den Nationalsozialisten leider noch wenig Fortschritte. Auch der uns völlig zu Unrecht gemachte Vorwurf der Koalitionssehnsucht nach den Sozialisten entspricht einer reinen Agitationslust, ohne die geringste Rücksichtnahme auf die eingegangene Regierungskoalition. Wenn Herr Jörner (der nationalsozialistische Landtagspräsident) trotz unserer Erklärungen seine Behauptungen immer wieder beweislos wiederholt, so ist das in meinen Augen nur ganz üble Wahlmache, in Rücksicht auf die bevorstehenden Kommunalwahlen. Wir haben dem Minister Dr. Franzen unser Vertrauen ausgesprochen. Wir können leider nicht das gleiche Vertrauen zu der Fraktion der Nationalsozialisten haben. . . . Wir verkennen nicht, daß in der nationalsozialistischen Bewegung viel jugendlicher Idealismus steckt, und wir stehen innerlich dieser Bewegung näher als den Sozialdemokraten. Wir bedauern aber, daß der politische Kampf jetzt Formen angenommen hat, die wir nicht mitmachen werden. Das was sich jetzt häufig im Landtag abspielt, ist nicht jugendliches Feuer und Temperament, sondern stellt eine Verwilderung der Sitten dar.“

Auch diese Erklärung zeigt, daß ein großer Teil der Deutschen Volkspartei lieber den Steigbügelhalter für die Nazis macht, als dieser verfolgten Bewegung entschlossen entgegenzutreten. Insofern bildet die Volkspartei für die friedliche Weiterentwicklung in Politik und Wirtschaft ebenso eine Gefahr wie die Nationalsozialistische Partei.

Hermann Müller in Franken.

Ehrender Empfang durch Nazi-Banden.

Bayreuth, 13. Januar. (Eigenbericht.)

In einer von Tausenden besuchten öffentlichen Versammlung sprach Genoss Hermann Müller am Montag zu seinen Wählern. Die Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf. Sie war vollkommen überfüllt und Hunderte von Besuchern fanden keinen Einlaß mehr. Die Hitler-Leute, denen der Zutritt wegen ihrer Nippigkeit nicht gestattet war, sammelten sich vor dem Versammlungsort zu einigen Hunderten an und empfingen Müller mit den bei ihnen üblichen Schmähsen. Selbstverständlich machte das auf ihn keinerlei Eindruck. Vielmehr begann er seine Rede mit der humoristischen Bemerkung, die Hafenkreuzjünglinge hätten ihn wahrscheinlich mit dem Reichskanzler Brüning verwechselt, dem solche Art Empfänge jetzt ja regelmäßig bereitet würden. Schließlich mußte, da die Hitler-Leute dröhen weiter lärmten, die Polizei mit dem Gummiknüppel den Platz räumen.

Richterbefchimpfung.

Ob der Preussische Richterverein sie hören wird?

Die Wut der Nazis wegen ihrer Blamage vor dem Berliner Arbeitsgericht ist grenzenlos. Goebbels „Angriff“ verleiht ihr in folgenden Ueberschriftsbalken Ausdruck: „Arbeitsrichter Richter fesselt die Justiz — Willkür und Hohn in Moabit — Justizstandal.“ In dem Schimpfartikel heißt es wörtlich:

„Wir bezeichneten diesen Prozeß von vornherein als einen Justizstandal ersten Ranges. Das ist aber noch viel zu milde ausgedrückt. In Wirklichkeit war er ein von vornherein groß angelegtes Theater. Und wenn Amtsgerichtsrat Richter etwas bessere Regieeinfälle gehabt hätte, so wäre daraus wenigstens eine Komödie geworden. . . . Solange Richter vom Schlage des Amtsgerichtsrats Richter einseitige Urteile zu fällen haben, solange kann es in Deutschland keine Gerechtigkeit geben.“

Wir sind gespannt, ob der Preussische Richterverein, der auf

menten nicht mehr besonders hervor, wenn seine charakteristische äußere Erscheinung mit dem weißen Patriarchenbart auch zum Gesamtbild sowohl des Reichstags wie des Landtags zu gehören schien. Im letzten Reichstag, kurz vor der Auflösung, machte er nur noch einmal ion sich reden: Als der christliche Genossenschaftler Abg. Schlaack das besagte Wort prägte, ein Reichstag, der die Sondersteuer gegen die Genossenschaften annehme, würde als der reaktionärste seit der Revolution dastehen, trat Herold im Haushaltsauschuß auf und erklärte, diese Aeußerung habe Schlaack nur für seine Person, nicht für die Zentrumsfraktion getan. Sonst war es still um den alten Herrn geworden, der noch als letzter aus der Generation der großen Zentrumsparlamentarier Spahn, Groeber, Trimborn, Burloge übrig geblieben war.

Nachfolger Herolds im Reichstag dürfte Frau Helen Driestens aus Boholt werden, während im Landtag wahrscheinlich der Fabrikant Hermann Thiele aus Bünde (Westfalen) seinen Platz einnehmen wird.

Vorpommern und die Osthilfe.

Hilferufe von allen Seiten.

Der Regierungspräsident von Stralsund, Dr. Hausmann, überreichte dem Staatssekretär des preussischen Staatsministeriums, Dr. Weismann, als dem Vertreter des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun, eine Denkschrift über die Notwendigkeit einer Einbeziehung Vorpommerns in die Osthilfe. Die Denkschrift ist unterzeichnet von der Industrie- und Handelskammer des Regierungsbezirks Stralsund, von der Stralsunder Handwerkskammer, von sämtlichen Kreis-Kommissionen, der

ernsthafte Kritik der Justiz oftmals so empfindlich reagiert, zu dieser rüden Beschimpfung eines preussischen Amtsbeamten irgendeine Stellung nehmen wird. Nach unserer Erfahrung ist man dort gegen alles, was von Rechts kommt, recht schwerhörig. Vielleicht aber überlegt das Justizministerium einmal, ob ein derartiges Kesseltreiben gegen einzelne mißliebige Staatsanwälte und Richter, wie es die Nationalsozialisten systematisch veranstalten, mit dem Ansehen und der Ordnung der Rechtspflege vereinbar ist.

Der belobte Franzosenspion.

Ein Liebling aller deutschen Generale.

Vor einigen Wochen brandmarkten wir hier das Treiben des General von Cramon als „verächtlich“, da dieser General sich nicht scheute, die bereits gerichtlich widerlegten Lügen des französischen Spions Crozier-Desgranges gegen die deutsche Sozialdemokratie zu wiederholen.

Herr von Cramon hat einen Kollegen erhalten, den General der Artillerie von Berendt. Herr Berendt findet in einem Artikel der „Deutschen Zeitung“ das Buch des französischen Spions, weil es deutsche Sozialdemokraten in der schmutzigsten Art verleumdete, höchst „bedeutungsvoll“. Das Geschreibsel des Spions hat auf Herrn General von Berendt „durchaus den Eindruck einer ersten Arbeit“, ohne die bei solchen Berichten oft zu beobachtende Phantasie gemacht. Dabei muß General von Berendt selber in seinen weiteren Ausführungen feststellen, daß Crozier-Desgranges, wenn er von dem „deutschen Revolutionskomitee“ in Holland phantasiert oder von dem „Chef der Sozialdemokratie in Berlin“, der den Munitionsarbeiterstreik von 1918 geleitet haben soll, keinerlei Namen nennt und damit seine Behauptungen jeder Nachprüfung entzieht. Denkende Menschen — und sollte sich ein General der Artillerie nicht dazu rechnen? — müssen hieraus den Schluß ziehen, daß die Behauptungen des Herrn Crozier-Desgranges eben Erfindung und Phantasie sind. Aber nein! Auf General von Berendt machen solche ungläubigen und unkontrollierbaren Bezeugungen „den Eindruck ernster Arbeit“!

Es ist bezeichnend, daß gerade die Kreise, die für sich ein besonderes Ehrgefühl in Anspruch nehmen, jedes Gefühls für die Ehre ihrer Mitmenschen bar sind. Der Deutsche Offiziersverein hat unlängst gegen Herrn Helmuth von Müde Klage erhoben, weil Herr von Müde im Sportpalast dem Sinne nach geäußert haben soll, daß dieser Verein Ehrabschneiderei gegen politische Gegner offenbar sehr ehrenhaft halte. Nun, die Generale von Cramon und von Berendt sind ein deutlicher Beweis dafür, wie sich deutsche Generale sogar nicht scheuen, mit Hilfe eines französischen Spions politische Ehrabschneiderei gegen eine deutsche Partei im Großen zu treiben. Berächtliches Tun!

Düsterberg schimpft

— aber er begreift nicht, daß er beleidigt.

Landesberg (Warhe), 13. Januar. (Eigenbericht.)

Das hiesige erweiterte Hofgericht verurteilte den Stahlführer Oberleutnant a. D. Düsterberg wegen Beleidigung des ehemaligen Reichsinnenministers Carl Severing zu 500 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 1000 Mark Geldstrafe beantragt.

Der Angeklagte hatte sich am 19. März 1930 in einer Stahlführerversammlung in Landesberg über die Teilnahme des damaligen Reichsinnenministers Severing an der Berliner Rundgebung am Volkstrauertag folgendermaßen geäußert: „Es ist bedauerlich, daß der Reichspräsident neben so einem kleinen Reichsinnenminister sitzen mußte, und daß dieser marxistische Hanswurst am Abend das Volk verbeist.“ Der angeklagte Stahlführer gab zu, den Ausdruck Hanswurst gebraucht zu haben, bestritt aber die übrigen Sätze, so daß die Zeugen, drei Kriminalbeamte, ihn erst das Gedächtnis auffrischen mußten. Im übrigen wollte der Angeklagte in dem Ausdruck Hanswurst keine Beleidigung sehen.

In der Begründung des Urteils führte Landgerichtsrat Dr. Schwinne eine erfreuliche Sprache. Er verwies darauf, daß es nicht Aufgabe des Stahlführers sein könne, die Ehre der Befallenen, die angeblich durch eine Aeußerung Severings geschmälert worden sein sollte, zu schützen. Aufgabe der Rechtsprechung aber müsse es sein, die Ehre der im öffentlichen Leben Stehenden zu schützen, und das um so mehr in einer Zeit, in der man versuche, die Ehre der Reichsminister anzutasten. Es habe eine Zeit gegeben, in der die Rechtsprechung diesen Grundsatz nicht immer so befolgt habe, deshalb müsse jetzt schärfer zugegriffen werden.

Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern, von den Städten Stralsund und Greifswald sowie von der Vereinigung der Bürgermeister Vorpommerscher Mittel- und Kleinstädte. Staatssekretär Dr. Weismann erklärte, die preussische Staatsregierung sei sich der schwierigen Wirtschaftslage Vorpommerns voll bewußt und werde alles daran setzen, um diesen Schwierigkeiten entgegenzuwirken.

Die gleiche Denkschrift wurde von dem Regierungspräsidenten Hausmann dem Reichskommissar für die Osthilfe, Reichsminister Treppner, überreicht.

Subventionenpolitik in Sachsen.

30 Millionen Garantie für Rußland-Lieferungen.

Der Sächsische Landtag nahm am Dienstag einen Gesetzentwurf an, nach dem die Ausfallgarantie des sächsischen Staates für Lieferungsverträge nach Rußland von 20 auf 30 Millionen Mark erhöht wird.

Ferner wurde eine Regierungsvorlage angenommen, die vorsieht, daß die Rückflüsse aus den von dem sächsischen Staat gewährten Mitteln für die produktive Erwerbslosenfürsorge in Höhe von 1½ Millionen Mark im Jahre dazu verwendet werden, einen Wirtschaftsstoff zu errichten, der Kredite in besonderen Fällen an sächsische Unternehmungen geben soll. Die sozialdemokratische Fraktion stimmt gegen die Errichtung des Wirtschaftsstoffs, weil sie in der in Aussicht genommenen Anwendung der Mittel eine schädliche Subventionenpolitik sieht. Sie forderte vergeblich, daß die in Frage kommenden Gelder für den Wohnungsbau verwendet werden.

Kriegslasten-Erfolg.

Das Reich und die Gemeinden. — Hofenkreuzbekenntnis.

Das Gesetz über die Erstattung von Kriegswahl- fahrtsausgaben an die Gemeinden, das in der Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt am Dienstag beraten wurde, ist ein schwieriges Gesetz. Durch seine Bestimmungen sollen die Erstattungsansprüche der Länder und Gemeinden gegen das Reich aus § 60 des Finanzausgleichgesetzes endgültig umgrenzt werden. Es handelt sich in der Hauptsache um Erstattung der von den Ländern und Gemeinden für Familienunterstützungen und sonstige Ausgaben auf dem Gebiet der Kriegswahl- fahrtspflege geleisteten Ausgaben.

Die finanzielle Auswirkung des Gesetzes ist erheblich. Unter Zugrundelegung des Ergebnisses einer Sondererhebung muß mit einer Kapitalbelastung des Reichs von 135—140 Millionen gerechnet werden. Bei einem dreißigjährigen normalen Tilgungsplan nach Maßgabe des Anleihe-Abschließungsgesetzes würde der laufende jährliche Tilgungsbetrag daher etwa 4,6 Millionen Mark ausmachen. Die erstmalige Belastung für die rückliegende Zeit bis März 1930 einschließlich ist auf zirka 21 Millionen berechnet. Die Reichsregierung kann bei der Höhe dieses Betrages im Hinblick auf die Finanzlage des Reichs nur eine ratenweise Erstattung dieser Summe gewähren. Für die in den Rechnungsjahren 1930 und 1931 voraussichtlich entfallenden Ausgaben sind im Haushalts 1931 12 Millionen Mark ausgeworfen.

Nachdem der Referent, der deutsch-nationale Abgeordnete Gott- heimer, die allgemeine Entstehungsgeschichte und den Einfluß der einschlägigen Aufwertungsgesetze dargelegt hatte, führte Ministerialdirektor Dr. Dorn aus, daß es für die Reichsregierung in der gegenwärtigen Lage ein sehr schwerer Entschluß gewesen sei, zugunsten der Gemeinden dieses Gesetz einzubringen. Der Reichsrat habe dem Gesetz einstimmig zugestimmt und anerkannt, daß es den richtigen Mittelweg darstelle zwischen den Ansprüchen der Ge- meinden und dem, was das Reich gegenwärtig im Höchstmöglichen leisten könne.

Von den Genossen Keil und Rihel wurde die Absicht der Reichsregierung begrüßt, den gerechtfertigten Ansprüchen der Ge- meinden zu genügen. Genosse Keil führte gegenüber deutsch-nationalen und nationalsozialistischen Anträgen, die eine Erhöhung der Er- stattungen verlangten, aus, man könne zwar grundsätzlich der Tendenz dieser Anträge zustimmen, aber das Gesetz sei eine Art Vergleich zwischen Reich und Ländern. Und da die Länder den Vergleich einstimmig angenommen haben, lege für den Reichstag bei der gegenwärtigen Finanzlage kein Anlaß vor, darüber hinaus- zugehen. Der nationalsozialistische Antrag würde nach Angabe der Reichsregierung eine Mehrausgabe von 21 Millionen verursachen.

Die Regierung ließ antworten, sie müßte bei Annahme des Antrages das zugunsten der Gemeinden eingebrachte Gesetz zurück- ziehen, denn sie habe diese Mittel nicht.

Darauf gab der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt kurz und bündig und recht nationalsozialistisch die Antwort: „Woher die Regierung das Geld nimmt, geht uns, geht uns, geht uns, denn wir Oppositionspartei sind, gar nichts an, denn sie hat das Reich in die jetzige miserable Lage gebracht. Sie soll die „Erlöbstzählungen“ um 21 Millionen kürzen, dann habe sie die Mittel.“

Das Gesetz wurde schließlich in der Fassung der Regierungs- vorlage angenommen.

Wahlprüfung im Reichstag.

Die Gültigkeit der Treviranus-Mandate.

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag wird am Montag nächster Woche zu einer konstituierenden Sitzung zu- sammenzutreten. Es setzt sich aus vier Reichsgerichtsräten und sechs Mitgliedern des neuen Reichstages zusammen, nämlich den Abge- ordneten Dittmann (Soz.), Dr. Frank II (Natsoz.), Lorpier (Komm.), Dr. Bell (Z.), Dr. Hanemann (Dnat.) und Hingmann (D. Sp.). Im Anschluß an die Konstituierung wird das Wahl- prüfungsgericht in der Besetzung von zwei Reichsgerichtsräten und drei Reichstagsmitgliedern eine Spruchsitzung abhalten und die Gültigkeit der vier Mandate der Konservativen Volkspartei sowie des Mandats des Abgeordneten Münke prüfen.

Die konservative Volkspartei hat bekanntlich in keinem Wahl- kreis die an sich für ein Mandat erforderlichen 60 000 Stimmen erhalten, trotzdem aber auf Grund der Anschließerkürzung an die gemeinsame Reichsliste des Deutschen Landvolks und der konser- vativen Volkspartei vier Sitze auf der Reichsliste bekommen, die von der 13. Stelle ab den Abgeordneten Graf von Westarp, Trevi- ranus, Lambach und von Vindeiner-Wildau zufielen. Es sind infolgedessen Zweifel an der Gültigkeit dieser Mandate entstanden.

Der Abgeordnete Münke, der jetzt im Reichstag keiner Frak- tion angehört, ist auf der Reichsliste des Deutschen Landvolks für gewählt erklärt worden. Auch hinsichtlich der Gültigkeit dieses Mandats sind Zweifel in der Richtung geäußert worden, ob die vor der Wahl zwischen der Volkspartei und der konservativen Volkspartei getroffenen Vereinbarungen für den Reichs- wahlleiter und für den als gewählt erklärten Abgeordneten bindend sind.

Bayerischer Landtag.

Wiederbeginn der Beratungen. — Schwierigkeiten um das Wahlgesetz.

München, 13. Januar. (Eigenbericht.)

Am Mittwoch nimmt der Bayerische Landtag seine parlamentarischen Arbeiten wieder auf.

Zunächst soll im Verfassungsausschuß in einer vierten Lesung das Landeswahlgesetz verabschiedet werden. Diese Lesung ist notwendig geworden, weil die Sozialdemokraten die Einrichtung der vom Staatsgerichtshof beanstandeten Landes- mandate nur dann aufrechterhalten wissen wollen, wenn sie, verankert im Wahlgesetz, tatsächlich ihren sinngemäßen Zweck erfüllen kann. Gegen diese Forderung werden von der Regierung ver- fassungsrechtliche Bedenken erhoben, so daß es fraglich erscheint, ob sich die notwendige qualifizierte Mehrheit für das Verlangen der Sozialdemokraten findet. Ist das nicht der Fall, so fordern die Sozialdemokraten den Wegfall des Systems der Landeswahl- sätze und Verminderung der parlamentarischen Sitze um die bisherigen 15 Landesabgeordneten auf 113 Mandate. Für eine der beiden Forderungen wird sich die Bayerische Volkspartei entscheiden müssen, wenn sie das Wahlgesetz nicht scheitern lassen will.

Am 23. Januar tritt dann das Plenum des Landtags zur Ent- gegennahme des Haushaltsvoranschlags für 1931 zusammen. Zum erstenmal seit Jahren wird der Etat kein Defizit aufweisen, was neben starker Ausgabenkürzung im wesentlichen auf die Ertrögnisse der Schachtsteuer zurückzuführen ist. Die sechszehnjährige

Frick verbietet republikanische Versammlungen.



„Es muß mir endlich doch gelingen . . .“



„... den Paragraphen in die rechte Form zu bringen!“

Brest-Litowsk vor Gericht.

Prozesse in Kattowik.

Solange das Pilsudski-Regime die demokratische Republik selbst unter das Rechtsniveau der Zeit drückt, da Kongresspolen ein zaristisches Generalgouvernement war, ist nicht zu erwarten, daß die Folterrechte von Brest die Anklagebank eines polnischen Gerichts zieren — ist doch einer von ihnen heute Justizminister. Indessen ist doch schon über dieses Schandkapital neupolnischer Geschichte vor Gericht gesprochen worden:

Vor dem Kattowiker Presserichter sollte der verantwortliche Redakteur der Korfantyschen „Polonia“ 12 Prozesse verfolgen, die jedoch wegen Abwesenheit vertagt wurden. — Gegen das sozialistische Organ „Gazeta Robotnicza“ (Arbeiter-Zeitung) waren zwei Prozesse angehängt. Beantstandet wurde zunächst der Artikel „Der Heilige und Polizeimeister Pilsudski“. Redakteur Komalez wies nach, daß die in dem Artikel erhobenen Behauptungen den Tat- sachen entsprechen und erwirkte seine Freisprechung. Ein anderer Artikel hatte die Bezeichnung „Der Kampf mit der Sanacja geht seinem Ende entgegen“. Dieser Artikel war dem „Robotnik“ entnommen und berichtete über die grausame Behand- lung der Brestler Gefangenen. Der Staatsanwalt behauptet, daß eine Verunglimpfung des Ansehens des polnischen Staates beabsichtigt war. Hierzu erklärte der Redakteur, die Tatsachen hätten doch gelehrt, in welcher Weise mit den Gefangenen verfahren wurde, er sei im übrigen aber noch bereit, kritische Beweise zu erbringen. Es wurde der

Antrag auf Vernehmung des Abgeordneten Dr. Liebermann und des Senators Korfantj gestellt; der Prozeß wurde vertagt.

Bier weitere Prozeßsachen waren gegen den „Kurjer Slonki“ (Schles. Kurier) angehängt. Dieses oppositionelle Blatt kritisierte in einem besonderen Artikel die Internieus Pilsudskis. Es wurde betont, daß der Marschall sich hauptsächlich darin gefalle, allerlei derbe Schimpfwörter zu gebrauchen und damit gegen die oppositionellen Abgeordneten loszuschlagen. Weiter wurde erwähnt, daß Pilsudski selbst das herabwürdigte, worauf er selbst geschworen habe, in diesem Falle die Konstitution. Dem Antrag auf Frei- sprechung, da die erhobenen Behauptungen vollauf mit den Tatsachen im Einklang ständen, gab das Gericht statt.

Kürzung der Besoldung der Beamten und Staatsangestellten ergibt zwar die Summe von rund 22 Millionen Mark, von der aber infolge des Rückganges der Steuererträge und der Einbehaltung von Ueberschlagssteuern durch das Reich nur wenige Millionen für den eigenen Bedarf übrig bleiben werden. Die Unsicherheit in der Gestaltung der Einnahmen hat im übrigen dazu geführt, den Etat zum erstenmal beweglich zu gestalten, d. h. sinken die Monats- einnahmen unter die Ziffer des Voranschlags, so sollen auch die Monatsausgaben entsprechend verringert werden.

Präsidentenwahl in Frankreich.

Für die Kammer erledigt — für die Republik in 4 Monaten.

Paris, 13. Januar. (Eigenbericht.)

In der heute begonnenen Parlamentssitzung ist der Präsi- dent der Republik neuwählen. In vier Monaten läuft die Amtszeit Doumergues ab. Von den Kandidaten ist Poincaré, der die besten Aussichten hatte, wieder erkrankt; Briand ist durch die Hinfertigkeit in Deutschland um einen Teil seines Ansehens gebracht worden, Beret und Besnard sind in dem Schmutz des Duftric- Skandals verfunken. So bleiben eigentlich nur noch der schaffens- freudige Lardieu und der höchst unbekannte lothringische Senator Lebrun im Rennen. Vielleicht aber läßt sich Doumergue be- stimmen, noch weitere sieben Jahre in dem goldenen Käfig des Elysee zu verharren.

Die Eröffnung der Sitzungen in Kammer und Senat brachte zu- nächst eine Trauertunde für den Marschall Joffre. Während sich der Senat darauf verlagte, schritt die Kammer zu der Neuwahl ihres Präsidenten. Der Sozialist Buisson, der seit vier Jahren Kammerpräsident ist, wurde mit 227 Stimmen wiedergewählt. Sein Gegenkandidat, der gemäßigte Radikale Bouilloux-Lafont, erhielt 200 Stimmen, 60 Stimmen waren zerstreut.

Die Reaktion sucht Mittkompromittierte.

Paris, 13. Januar. (Eigenbericht.)

Um im Duftric-Skandal das Gleichgewicht zwischen rechts und links in der Zahl der kompromittierten Opfer wieder herzustellen, hatte die Reaktion versucht, die beiden sozialistischen Abgeord- neten Ruthe und Uhrz in den Schmutz zu ziehen. Ruthe sollte sein Mandat zugunsten der Petroleumgesellschaft von Batu, Uhrz zu- gunsten eines bankrotten Bankiers eingesetzt haben.

In einem Aufruf an das schlesische Volk behauptete das gleiche Blatt, daß die Schließung des 2. schlesischen Sejm auf unlegale Weise erfolgt wäre. Dafür erhielt der Redakteur wegen Anfeh- tung behördlicher Anordnungen eine Geldstrafe von 200 Zloty.

In zwei weiteren Artikeln des „Kurjer Slonki“ wurde u. a. betont, daß eine Diktatur den staatlichen Ruin zur Folge haben müsse. Gegenwärtig durchlebe man aber eine solche Zeit der Diktatur, in der selbst eine Verletzung der garantierten Rechte fest- gestellt werden konnte. In einem der Artikel war auch die Rede von der

„blutbesteckten“ Seele Marschall Pilsudskis.

Dazu führte der Redakteur aus, daß eine Verächtlichmachung keines- wegs, allenfalls jedoch eine formale Befeldigung des Marschalls in Frage kommen könne, der jedoch selbst keinen Strafaufrag gestellt hätte. Im allgemeinen wären alle in den Artikeln erhobenen Be- hauptungen zutreffend, was ja schon daraus hervorgehe, daß selbst ein Teil der Regionäre sich von Pilsudski gekehrt habe, da sie mit dessen Maßnahmen nicht grundsätzlich einverstanden waren. Das Gericht verurteilte den Redakteur wegen der „blutbesteckten“ Seele zu einer Geldstrafe von 100 Zloty.

Urteil im Golassowik-Prozeß.

Kybnik, 13. Januar.

Im Prozeß des Wahltrugwals in Golassowik verurteilte das Gericht die beiden Hauptangeklagten, die geständig waren, wegen Kaufhandels zu je einhalb Jahren Gefängnis, einen dritten schwer belasteten Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis und vier Nebenangeklagte zu je sechs Monate Gefängnis. Der achte Angeklagte, dessen Mißb durch Zeugenaussagen erwiesen worden war, wurde freigesprochen.

Polnische Terroristen verurteilt.

Kybnik, 13. Januar.

Bier Aufständische wurden wegen brutaler Mißhandlung und Wahlerpressung eines 60jährigen deutschen Landwirts in Patuschewik zu Gefängnis von zwei bis sechs Monaten verurteilt.

Der Fall Ruthe hat bereits eine schnelle Friedigung gefunden. Der reaktionäre Abgeordnete Mandel, der am Montag als An- kläger aufgetreten war, berichtigte sich selbst und erklärte vor der parlamentarischen Untersuchungskommission, daß er einem Wandaer zum Opfer gefallen sei. Gleichzeitig sprach Mandel in einem Schreiben dem Abgeordneten Ruthe sein Bedauern und seine Entschuldigung aus. Der Fall Uhrz ist einer Nachprüfung durch den sozialistischen Parteivorstand unterworfen. Wie verlautet, ist der Ausschluß Uhrz aus dem Parteiverband des Departements. Die sozialistische Parlamentsfraktion hat beiden Abgeordneten am Dienstag ihr volles Vertrauen ausgesprochen.

Die sozialistische Kammerfraktion bejahte sich ferner mit der Affäre des sozialistischen Generalratsmitgliedes von Marini Lagrossilliere, der der Bestechung zugunsten der Baufirma Giraudon aus dem Duftric-Kongern beschuldigt worden war. Die Fraktion stellte fest, daß Lagrossilliere als „Mitschuldige“ den reaktio- nären General Wodacz und den Leutnant Clemenceau an seiner Seite gehabt habe.

Ein Reichswehrkonflikt.

Kommunistischer Soldat greift Offizier an.

Münster (Westfalen), 13. Januar.

Im Hotel Fürstenhof kam es heute abend in Anwesenheit zahl- reicher Zivilpersonen zwischen einem Reichswehrsoldaten und einem Offizier zu einem peinlichen Zwischenfall. Der Offizier hatte, um kein unnötiges Aufsehen zu erregen, absichtlich darüber hinwegge- sehen, daß ihn der Soldat nicht grüßte. Rummehr trat der Sol- dat an den Offizier in respektloser Haltung heran und ver- suchte unter dem Rufe: „Heil Rostau“ tätlich zu werden. Mehrere Personen sprangen hinzu und versuchten, den Soldaten zu überwälzigen. Es gelang ihm jedoch, aus dem Hotel ins Freie zu gelangen, wo er erst nach längerer Verfolgung festge- nommen werden konnte.

Der kommunistische Landtagsabgeordnete Gustav Sobotta hat im Südwalder Streikgebiet in einer Versammlung eine kommu- nistische Rede gehalten, obwohl er bei seiner Einreise das Versprechen gegeben hatte, sich jeder Propaganda zu enthalten. Er wurde nach Dover gebracht, wo er das Schiff nach Ostende besteigen und ab- fahren mußte.



Berliner Tor und Johanniterburg in Lagow (Mark)

Verzicht auf die Stadtrechte

Lagow in der Mark, das kleinste Städtchen Brandenburgs, will auf seine Stadtrechte verzichten und Dorf werden, da es die hohen Verwaltungskosten nicht mehr erschwingen kann

Die vier Festgenommenen hatten sich unter der Anklage der schweren gemeinschaftlichen Körperverletzung zu verantworten. Zwei von ihnen, und zwar den 24jährigen Arbeiter Schuster und Schilder, konnte die Teilnahme an dem Ueberfall nachgewiesen werden, sie wurden zu Geldstrafen von 40 und 60 Mark verurteilt. Als Strafmildernd wurde ihnen die damalige politische Erregung und die verurteilenswerte Aufstellung durch die Belohnung zugute gerechnet.

Pest in Französisch-Afrika. Ein Dorf geräumt und Pesthäuser niedergebrannt.

Paris, 13. Januar. In der französischen nordafrikanischen Provinz Constantine ist die Pest ausgebrochen. Die Seuche scheint sehr viel größeren Umfanges zu sein, als man französischerseits zugeben will. Die sanitären Schutzmaßnahmen, die jetzt ergriffen worden sind, lassen jedenfalls erkennen, daß für die Bevölkerung größte Gefahr besteht und daß sich aus der im Entstehen begriffenen Seuche leicht eine unübersehbare Katastrophe entwickeln kann. Auf Anordnung der Gemeindebehörden wurde nunmehr eine große Zahl von Bahnhöfen der Provinz geschlossen. Reisende, die dort einreisen, werden sofort in Quarantäne gesetzt und dürfen die Driftstadt vorläufig nicht wieder verlassen. Um Constantine herum wurden zehn Ueberwachungsposten eingerichtet, so daß es praktisch keinem Einreisenden möglich ist, den Fuß in die Stadt zu setzen, ohne vorher untersucht worden zu sein. Ein arabisches Dorf mußte von sämtlichen Bewohnern geräumt werden, und diejenigen Häuser, in denen Pestfälle zum Ausbruch gekommen waren, wurden durch Feuer vernichtet.

Ein Toter zwischen den Schienen. Rätselhaftes Ende eines Berliner Oberingenieurs.

Frankfurt a. M., 13. Januar. Auf der Strecke Frankfurt-Darmstadt wurde die Leiche eines älteren Mannes, nur mit Hemd und Hose bekleidet, zwischen den Schienen aufgefunden. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um den 63 Jahre alten Oberingenieur Karl Mühlstein von der Berliner Firma Schwarzkopf. Mühlstein war in Begleitung eines Herrn von der gleichen Firma unterwegs nach St. Blasien im Schwarzwald, wo er von einem Nervenleiden Erholung finden sollte. Die beiden hatten in Frankfurt den Schlafwagen aufgestiegen. Kurz danach wurde Mühlstein vermißt. Später fand man seine Leiche auf der Strecke. Ob er aus dem Zuge gesprungen oder durch eine unglückliche Verwechslung herausgestürzt ist, muß die Untersuchung noch ergeben.

Hedemannstraße unter Nazi-Terror. Die Frechheit der Halenkreuzer wird immer größer.

In der Hedemannstraße wurde gestern ein Reichsbannermann, der das Verwaltungsgebäude des ZdA aufsuchen wollte, von einer Horde Nationalsozialisten angegriffen und mißhandelt. Im Anschluß an diesen Ueberfall der Halenkreuzer bildete sich eine Ansammlung von etwa 200 Personen, die gegen die nationalsozialistischen Burschen eine drohende Haltung einnahmen. Die Wegelagerer stürzten in die Hauptgeschäftsstelle der Nazis, die sich in nächster Nähe des ZdA befindet. Der Aufmarsch wurde von der Polizei zerstreut. Es ist dies keineswegs der erste hinterhältige Ueberfall, den die Hitlerianer in der Hedemannstraße auf Republikaner unternommen haben. Täglich mehren sich die Klagen über den Terror des nationalsozialistischen Robs, unter dem besonders die zu leiden haben, die im

an absolut harmlosen und unschuldigen Menschen weiter so geahndet werden, dann sind wir — dieser Eindruck könnte beinahe entstehen — dem Zeitpunkt nicht mehr fern, wo sich der Beschlagene bei dem Rohling entschuldigen muß, daß er ihm in die Quere gekommen ist.

Das verhasste Transparent. Ein Nachspiel zur Reichstagswahl.

Eine Schlägerei, die sich in der Wahlnacht am 14. September v. J. zwischen Kommunisten und Mitgliedern des Reichsbanners ereignet hat, fand vor dem Erweiterten Schöffengericht Neukölln ihr Nachspiel. Den Anlaß zu den Tätlichkeiten bildete ein Transparent, das vom Reichsbanner quer über die Biberstraße in Neukölln als sozialdemokratische Wahlpropaganda gespannt worden war. Dieses Wahlplakat ärgerte besonders die Kommunisten, die sogar für die Beseitigung angeblich eine Belohnung für ihre Mitglieder ausgesetzt haben sollen. Verschiedentlich hatten jugendliche Kommunisten in den Nächten vor der Wahl versucht, das Transparent herunterzureißen, sie wurden daran aber jedesmal von den vielen Polizeistreifen gehindert, die durch die dortige Gegend patrouillierten. Da die Kommunisten immer wieder den Versuch machten, das Transparent zu entfernen, organisierten die Reichsbannerkameraden schließlich eine Nachwache zum Schutze der Wahlpropaganda, denn es ging das Gerücht, daß die politischen Gegner eine besondere Belohnung ausgesetzt hatten, um den „Sportlichen Ehrgeiz“ der jungen Kommunisten anzufeuern. In der Nacht zum 11. September wurde dann auch von einem organisierten, etwa 15 Mann starken kommunistischen Trupp zum entscheidenden Angriff ausgeholt. Mit Totschlägern bewaffnet stürzten sich die Kommunisten auf die nur aus fünf Mann bestehende Reichsbannerwache, deren Mitglieder zum Teil erheblich verletzt wurden. Bevor allerdings das Transparent heruntergerissen werden konnte, war das Ueberfallkommando zur Stelle, das jedoch nur vier der Täter festnehmen konnte, während die übrigen im Schutz der Dunkelheit entkommen waren.

Er hegte die Treppen hinunter, als sei er vor seiner Fabrik auf der Flucht. Erst vor seinem Grundstück vor der Stadt fand er sich wieder.

Bier Tage hielt er es in der Ruhe des Landlebens aus. Er genoh die Einsamkeit in vollen Zügen, glaubte sich verbunden mit der Natur und dachte es sich als höchstes, erstrebenswertes Ziel, seine Tage einstmals hier draußen zu Ende zu führen. Seine Nervosität hatte sich gelegt. Aus dem friedfertigen, stillen Leben um ihn herum wuchs seiner Seele der beruhigende Bleichtlang zu. Er wünschte, ewig hier bleiben zu dürfen. Doch alles war im Grunde nur Selbsttäuschung. Am fünften Tage packte ihn die Unruhe und Besessenheit aus neu. Er meinte, nicht länger faulenzeln zu können, riß sich, einer plötzlichen Eingebung folgend, von der Liebe der alten Eltern, die ihn umgab, förmlich los, und fuhr spät abends wieder nach Berlin zurück. Es war stockdunkel auf den menschenleeren Straßen. Keine Laterne brannte. Während er so in der ägyptischen Finsternis dahinschritt, ahnte er, daß dieser Streik doch um etwas Großes geführt werden müsse, da alles die Arbeit niedergelegt hatte, sogar die Laternenanzünder. In seinem Leben war ihm so etwas noch nie vorgekommen. Halt, Achtung! Beinahe hätte er einen Baum umgerannt! Er erschrak. Ein glühendrotes, feuriges Auge fuhr durch die Nacht. Es schien im freien Raum zu schweben, losgelöst von allem Körperhaften. Am intensivsten Klingeln erkannte er, daß es die Feuerwehr war. Die streifte also nicht. Jemand lief an ihm vorbei. Eine Frau viellecht. Er spürte einen weichen Hauch, der seinen Mantel streifte. Eine Männerstimme schlug an sein Ohr und versant wieder in die Nacht, aus der sie kam. „Am Südosten wird geschossen!“ Ludwig wunderte sich nicht darüber. Er fand es ganz natürlich, daß im Südosten geschossen wurde. Aber er schlug doch den Kopf nach oben, weil ihn plötzlich fröstelte, und beschleunigte seine Schritte, um eher in die Wohnung zu kommen. Wohlja mußte er bremsen, um nicht ein Liebespärchen umzurennen, das vor ihm herschlenderte. Dem Reichen und Küssen nach waren es Jugendliche. Eine Stimme, die des Knobens, kam ihm bekannt vor. Sein Sohn hatte fast die gleiche Stimmlage. Ludwig horchte hin. Er konnte jedes Wort verstehen, das der Sängling sprach.

„Wir brauchen nicht zur Schule zu gehen, wenn wir nicht wollen. Pfemfert, unser meckerbärtiger Klassenlehrer hat gesagt, wer zu weit ab wohnt und nicht fahren kann, möge daheim bleiben. Fein das! Gott sei Dank kommt sowieso eine andere Regierung! Ich habe meinen alten Herrschaften nichts davon gesagt, daß wir frei haben! Na, ich gehe morgen einfach nicht hin. Ich möchte heute noch etwas mit dir zusammenbleiben, Lotte!“ „Du, ich muß aber bald nach Hause. Sonst merkt meine Mutter was!“ sagte das Mädchen. „Schläfst die denn noch nicht, wenn du nach Hause kommst, Lotte?“ „Nein! Sie ist immer sehr ängstlich, wenn ich nicht da bin!“ „Na, die wird sich aber wundern, wenn du eines Tages überhaupt nicht mehr nach Hause kommst!“ sagte der junge Mann zärtlich. „Hör mal du, du mußt mich bestimmt mal heiraten!“ „Bestimmt Lotte. Mein alter Herr hat ja Geld!“ Lotte nickte. Ludwig hörte, wie die beiden sich aufs neue küßten. „Du, jetzt aber Schlaf!“ wehrte das Mädchen ab. Ein kurzes Ringen, ein Losreißen, ein lustiger Ausschrei. Das Mädchen rannte dicht an Ludwig vorbei. Unsicher, die Hand tastend vorgestreckt, um nicht wieder an einen Baum zu rennen, lief er noch die hundert Schritte bis zu seiner Wohnung. Immer dicht vor ihm die auf dem Granitpflaster hallenden harten, hastigen Schritte des jungen Freiens. Ein Schlüssel klorrte. „Verdammt, der Bursche macht sich ja an der gleichen Haustür zu schaffen, in die ich auch will!“ Eine böse Ahnung stieg in Ludwig auf. Zornbedend steckte er ein Streichholz an. Es verlösch zwar sofort, brannte aber lange genug, um in einem Sekundenriß Ludwigs Vermutung zu bestätigen. Franz, der so groß war wie sein Vater, zuckte von dem jähen unermuteten Lichtschein zusammen. „Lag Vater!“ sagte er kameradschaftlich, als er seinen alten Herrn erkannte, „bist du wieder zu Hause? Das habe ich gar nicht gewußt!“ und lachte sorglos. Ludwig ging gar nicht auf seinen Gruß ein, sondern stellte sofort die Frage: „Wo kommst du denn so spät her?“ „Ich war bei meinem Schulfreund.“ Fröhlich piefsend stieg er die Treppen voran und sperrte bereitwillig die Korridor tür auf. (Fortsetzung folgt.)

Dreimal verprügelt. Ein Unschuldiger in den Klauen eines Rohlings.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte ahnte eine ungewöhnlich rohe Tat mit einer ungewöhnlich milden Strafe. Ein 17jähriger Schüler führt in der Ballstraße gegen 11 Uhr abends seinen Hund spazieren. Sein 16jähriger Freund, ein Schneiderlehrling, der nach Hause will, begleitet ihn. Einige Meter von ihnen entfernt entwickelt sich eine Schlägerei. Die beiden jungen Leute ziehen sich zur Sicherheit in den Hausflur zurück. Als die Schlägerei zu Ende ist, gehen sie ein kleines Stück zusammen, dann verabschieden sie sich. Der Schüler befindet sich gerade am Eingang zur U-Bahn Inselbrücke, als ein junger Mann auf ihn zukommt und fragt: „Welche politische Gesinnung hast du?“ Kaum hat er geantwortet: „Ich gehöre keiner politischen Partei an“, erhält er auch schon einen Klapphaken. Zu dem rohen Schläger gefellen sich zwei weitere junge Burschen und bearbeiten den Schüler mit Fäusten, Gummiknäppeln und einem in Papier gewickelten Holzkeil. Der 17jährige flüchtet, wird eingeholt, zu Boden geworfen und zum zweiten Male fürchterlich bearbeitet. Er erhebt sich, flüchtet wieder, wird in einem Hausflur abermals eingeholt und wird zum dritten Male niedergeschlagen. Neht springt der Hund als Retter ein. Er beißt einen der Angreifer ins Bein; sein Herr kann sich nur losreißen und flucht ins Haus. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantwortete sich einer der Angreifer, ein 21jähriger Gastwirtssohn. Er bestritt, Angreifer gewesen zu sein. Nur zugehört habe er, wie der Junge verprügelt wurde (und zwar dermaßen, daß er zwei Wochen das Zimmer hüten mußte). Der Begleiter des Verprügelten, der auf den Börm zurückgekehrt war, und auch der Geschlagene, hatte in dem Angeklagten aber einen der Angreifer erkannt. Ein Passant hatte ihnen den Namen und die Adresse des jungen Menschen genannt. Weshalb war aber dieser Passant dem jungen Manne nicht zu Hilfe geeilt? Das Gericht verurteilte den Prügelhelden zu einem Monat Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungsfrist nach Zahlung einer Buße von 100 M. Wenn offenkundige Robheitsvergehen

W. Seemann & Wöhle
Unternehmer..

Wie ein Rasender lief Ludwig durch die stillen, ausgekehrten Säle. Die Arbeit stierte ihn aus allen Ecken und Enden an. Was war denn eigentlich der Bande in die Krone gefahren? Warum hatte man ihn von dem Streik nicht vorher unterrichtet. Soviel war er schließlich doch noch wert. Sandow folgte ihm, nichts Gutes ahnend, auf dem Fuße. Schließlich blieb Ludwig an einem Stapel halbfertiger Arbeit stehen und prüfte fehrig die einzelnen Stücke. „Schweimerei! Was ist den eigentlich los, Sandow?“ „Kapp-Butsch!“ sagte der Angeredete trocken. „Kapp-Butsch? Was ist das für ein Ding?“ fragte Ludwig neugierig. „Eine andere politische Richtung will an die Spitze...!“ Ludwig bollerte los: „Was geht mich die andere politische Richtung an, hä? Und sag mal, was geht die meine Leute an? Mich kostet jeder Quadratmeter Raum pro Stunde so und so viel Miete, ganz abgesehen von all den anderen Unkosten. Wo soll ich da hinkommen, sag selber?! Es wird sowieso an der Ware nicht viel verdient. Nun auch das noch! Meine Leute haben doch ihren guten Verdienst und sollen ihn auch behalten. Aber wegen Politik zu streiken, das tapiere ich nicht! Da bleibt mir einfach die Spude weg!“ Sandow tat wie immer in solchen Fällen, wenn das Barometer auf Sturm stand, er zuckte die Achseln. „Wie lange soll denn dieser gottverdammte Streik dauern, das möchte ich gerne wissen, hä?“ „Weiß ich auch nicht. Man kann doch bei einem Streik nicht im voraus bestimmen, wie lange er dauert.“ Sandows Lächeln machte Ludwig noch wütender. „Du steckst wohl mit den Leuten unter einer Decke, was?“ fragte er lauernd und wurde hochrot im Gesicht. Er ließ Sandow stehen, lief zum Kontor, zog seinen Mantel an, schob den Hut ins Gesicht und verschwand, ohne seiner Tochter oder dem Kontorpersonal auch nur ein Wort des Grußes zu sagen.

328. ein- und ausgehen. Mehrmals haben sich die Hafenzugler schon eine gehörige Abfuhr geholt, da sie sich aber häufig in großer Uebermacht befinden, blieb den Ueberfallenen oft nichts weiter als die Flucht übrig. Es ist höchste Zeit, daß die Polizei die Hedemannstraße mehr unter Beobachtung stellt und sich gelegentlich das „Hauptquartier“ der Nazis auch einmal näher ansieht.

Ein unbeherrschter Lehrer. Er schlägt einen Schüler blutig.

Blauen, 13. Januar.

Zwischen dem Studienrat M. in Blauen und einzelnen Schülern der Anstalt, in der er unterrichtet, herrscht seit langem eine Art Guerillakrieg. Die Schüler suchen ihn immer wieder mit Streichen zu ärgern, was ihnen mitunter gelingt, und ein solcher Zwischenfall hat nun zu einer sehr unliebsamen Affäre geführt, die auf gerichtlichem Wege ausgetragen wurde.

Der Studienrat forderte eines Tages in einem Klassenzimmer der Tertia die Schüler zur Abgabe ihrer Strafarbeiten auf. Bei Verlassen des Zimmers hörte er hinter sich spöttische Laute. Er drehte sich rasch um und lief auf die Bänke zu, um den Missetäter ausfindig zu machen. In seiner Erregung stieß er an einen Sessel und glaubte, daß ein anderer Schüler ihm absichtlich mit dem Stuhl den Weg verrammelt habe. Er gab dem Jungen kurzerhand vier Ohrfeigen. Dieser verbot sich die Behandlung und erklärte, sich beim Rektor beschweren zu wollen, da körperliche Züchtigung in der Schule nicht gestattet sei. Diese Zurechtweisung brachte den Studienrat erst recht in Wut, und er verlegte dem Schüler zwei weitere Ohrfeigen, so daß der Tertianer zu bluten begann.

Jetzt fand die Affäre vor Gericht ihren Abschluß. Studienrat M. erklärte, daß er den Schüler nicht im Amte, sondern in privater Eigenschaft geohrfeigt hatte, da er in dieser Klasse nicht unterrichtet habe. Außerdem sei kein Blut geflossen; auf den Händen seien „nur zwei Bluttröpfchen“ zu sehen gewesen. Der Schüler habe ihm mit Absicht den Stuhl vorgehalten, und er, der Angeklagte habe sich sehr empfindlich am Amte angeklagt. Der Schüler gab als Zeuge zu, daß man den Lehrer durch den Spottzug verurteilt habe, doch sei ihm der Stuhl nicht mit Absicht in den Weg gestellt worden.

Das Gericht verurteilte den Studienrat zu 30 Mark Geldstrafe oder zwei Tagen Gefängnis, wobei es annahm, daß der Angeklagte sich einer Körperverletzung in Ausübung seines Amtes zuschulden kommen ließ.

Leibniz-Gymnasium soll verlegt werden. Elternschaft und Lehrer protestieren.

Das im Jahre 1876 an dem Mariannenplatz erbaute Leibnizgymnasium besteht aus einigen ruhig wirkenden Gebäuden, die architektonisch gut zu dem stillen Platz passen und dem an Schönheiten nicht vermehrten Osten zur Zierde gereichen. Dieses kleine humanistische Gymnasium, das übrigens das einzige für die Bezirke Kreuzberg und Friedrichshagen ist und sogar von Schülern aus den östlichen Vororten Kopenick, Treptow und Friedrichshagen besucht wird, will man plötzlich in die Schulräume der Karl-Michaels-Oberrealschule im Hinterhaus Mariannenstraße 47 verlegen. Dagegen sträuben sich Eltern und Lehrerschaft des Gymnasiums. In einer starkbesuchten Elternversammlung führte Direktor Dr. Schumann aus, daß man die Umlegung nicht verhindern könne, es sei denn, daß man in Wahrheit beabsichtige, die ganze Anstalt eingehen zu lassen. Für Eltern liegen wieder 40 Anmeldungen für die Sexta vor. Man versteht die Einstellung des Obermagistratschulrats Hein nicht, der, wie sich aus den Ausführungen des Elternrats Rektor Köhlerin ergab, durchaus die Karl-Michaels-Realschule in die für diese Zwecke völlig ungeeigneten Räumlichkeiten des Leibnizgymnasiums verlegen will. Die Realschule erfordert große Räume für den naturwissenschaftlichen Unterricht, was einen vollständigen und teuren Umbau (zirka 90 000 Mark) der Räume des Leibnizgymnasiums erfordern müßte. Damit wäre das Ende des Hauses besiegelt, das erst im vorigen Jahr mit zirka 30 000 Mark Kosten modernisiert worden ist. Statt zu sparen, würde also doppelt Geld ausgehen. Dagegen lassen sich in der Mariannenstraße 47 durch Hinzunahme des städtischen jetzt unbenutzten dreistöckigen Vorderhauses die Erweiterungsanlagen für die Realschule ohne erhebliche Kosten schaffen. Alle Schuladressen haben sich energisch gegen die geplante Umlegung gewendet. Es wäre darum gut, wenn der Vorschlag von Stadtschulrat Rydahl zur Durchführung gelangt, vier bis fünf untere Klassen der Realschule in jetzt freizubehaltende Räume des Leibnizgymnasiums vorläufig mit zu verlegen, wodurch beiden Teilen gebiliet wäre.

Wie man uns glaubhaft versichert, wird dieses Gymnasium auch von solchen Kindern wenig bemittelter Eltern besucht, die auf Grund ihrer besonderen Befähigung für den Besuch eines humanistischen Gymnasiums besonders geeignet sind. Da die Entscheidung im Haushaltsausschuß bereits in nächster Woche fällt, sollten die Herren, die die Entscheidung zu treffen haben, sich die Sache noch einmal ansehen und überlegen.

Wann kommt die Ost-Stahnsdorfer Bahn?

Diese Frage ist erneut von der „Arbeitsgemeinschaft für Verkehrsangelegenheiten südwestlich Berlin“ aufgerollt worden. In der letzten Sitzung in Teltow unterrichtete der Vorsitzende Professor Hirsch die Anwesenden über den Stand der Dinge. Es handelt sich, wie wir im Bericht der Jahre wiederholt berichtet, um die Weiterführung der Vorkorbahn Berlin-Lichterfelde-Dorf über Lichterfelde-Süd-Seehof-Teltow bis nach Stahnsdorf. 30 Jahre schwebt schon dieses Projekt. Bisher sind alle Eingaben von der Reichsbahndirektion abschlägig beschieden worden. Die Bewohner, Siedler und Interessenten, versprachen sich von der Eröffnung der Bahn eine glänzende Entwicklung des bisher vernachlässigten Südoftens. Die Arbeitsgemeinschaft hatte der Reichsbahndirektion eine umfangreiche Denkschrift unterbreitet, und es geschah zum erstenmal, daß diese zugesagt hat, die Eingaben nachzuprüfen und weitere Mittelungen zu machen. Der Geschäftsführer W. o. d. Lichterfelde erläuterte diese Angaben dahin, daß bei einer Zahlung, die der Verein vorgeschlagen hatte, 3 200 Personen sich bereit erklärten, Monatskarten auf der neuen Strecke zu entnehmen und daß 20 650 Personen die Bahn zu Einzelschritten hin und zurück benutzen wollten. Die Zahl der Bewohner zwischen Lichterfelde-Dorf und Stahnsdorf, für die die neue Verlängerung der Bahn in Frage kommt, wird auf 20 000 geschätzt. Es wurde auch klage geführt, daß die knapp 8 Kilometer lange Vorkorbahn, die nach einer Fahrt von 16 Minuten in Lichterfelde endet, nicht durch die Weiterführung bis Stahnsdorf rentabler gemacht würde. Hier wäre durch den Anschluß an die Stadtbahn erst den vielen Siedlern und Ausflüglern eine willkommene Anfahrtsgelegenheit geboten. Unhaltbare Zustände haben sich außerdem auf der über Lichterfelde nach Halle führenden Fernbahn heraus-

Die Saison der Ladendiebe

Ein Kapitel von der Kriminalität der Frauen

In den letzten acht Tagen wurden in Berliner Warenhäusern und Geschäften genau 60 Ladendiebe festgenommen. Ein großer Teil der Festgenommenen besaß falsche Pässe und falsche Papiere.

Nirgends wird mehr gestohlen als in Warenhäusern und Läden. Wer erinnert sich nicht des großen Prozesses gegen Frau Röder und Genossen? Ging doch die Kunstfertigkeit dieser Frau so weit, daß sie eine komplette Heiratsausstattung zusammenstahl, womit sie seinerzeit in ihren Kreisen einen „Rekord“ aufstellte, der in der Kriminalgeschichte einzig dastehen dürfte. Zu den Glanzleistungen der Frau Röder gehörte auch das Verschwindenlassen eines 24teiligen Services, womit sie selbst den perfekten Zauberkünstler in den Schatten gestellt haben mag. Durch die üblichen Erfahrungen gewöhnt, halten sich die meisten Warenhäuser eigene Hausdetektive. In Spezialgeschäften wurden die Ladendiebstahle vielfach so eingebaut, daß sie im Rücken der Käufer angebracht sind, wodurch dem Kassierer eine ständige Kontrolle des Publikums ermöglicht wird. Durch die Anbringung von Spiegeln wurde ebenfalls die Bewegungsfreiheit der Diebe so sehr gehemmt, daß sich schon mancher zum „Berufswechsel“ entschlossen haben mag. Unentwegt groß bleibt aber die Zahl der Gelegenheitsdiebe und derjenigen Ladenschrecken, die an Neptomanie leiden. Hierbei handelt es sich besonders oft um Frauen. Oft ließ man sie wieder laufen, weil sie zu den guten Kundinnen gehörten und den Schaden stets wieder gutmachten.

Die Diebin mit Gewissensbissen.

So hatte beispielsweise die Frau eines höheren Beamten den Vorzug, in einem vornehmen Geschäft Berlins mit besonderer Freude empfangen zu werden. Sie „arbeitete“ nämlich nach eigener Note. Infolge von Gewissensbissen schickte sie hinterher stets den vollen Rechnungsbeitrag der entwendeten Sachen an das Geschäft ein. Die Ueberführung dieser Diebin erfolgte durch verstärkte Beobachtung. Als sie wieder einmal „einkaufte“, sah man, wie sie eine Bluse entwendete. Man ließ sie laufen und stellte nach ihrem Weggang fest, welches Etikett die verschwundene Bluse hatte. Wenige Tage später kam, wie immer, das Geld für die Bluse. Da man positiv wußte, daß sie die Diebin war, verstärkte man die Beobachtung. Zum Erlaunen der Geschäftsleitung sandte die Dame stets für mehr Dinge Geld, als man sie stehlen sah. Da sich die Geschäftsleitung nicht im Rechtteil fühlte, ließ man sie weiter stehlen, denn man hielt sie für eine „ehrliche“ Diebin. Auffallenderweise trifft man beim Ladendiebstahl ausschließlich — mit wenigen Ausnahmen — nur das weibliche Geschlecht. Das hat zum Teil medizinische Ursachen. Man muß auch bedenken, daß manche Frauen, denen es das Einkommen ihres Gatten nicht gestattet, sich der Mode entsprechend zu kleiden, deswegen doch sehr puhlisch sind. Es handelt sich hier meist um eitle, oder schwache Frauen, die nur zu leicht der Versuchung unterliegen. Nur zu schnell entwickeln sich die einmal vom „Miß“ Begünstigten zu Gewohnheitsdiebinnen. Diese Art der Amateur-

Diebinnen sieht man meist mit Hilfe ihres Mantels oder Muffes oder Einkaufstasche stehlen.

Berufsmäßige Diebinnen unterscheiden sich von der anderen Gattung dadurch, daß sie nur höher Werte wegen stehlen. Sie sind daher in der Geschäftswelt sehr gefürchtet, da sie außerordentlich raffiniert arbeiten. Daß viele von ihnen mit den Füßen stehlen, ist nichts Neues. Mit dem Ellenbogen wird eine kostbare Spitze vom Ladentisch gestochen, und während die Hände eine andere Spitze „begutachten“ halten, schlüpft der Fuß schnell aus dem Halbschuh und die Zehen krallen nach der Spitze, die am Boden liegt. Bei der Durchsuchung einer Verdächtigen, die sich völlig entkleiden mußte, machte man die Wahrnehmung, daß diese Frau Strimpfe trug, die vorne abgesehen waren, so daß die Füßchen frei lagen; das machte stumm. Man untersuchte weiter und siehe, das gestohlene kostbare Diebesgut wurde bei ihr gefunden. Eine besonders „schlaue“ Diebin ließ sich als Verkäuferin in einem Warenhaus anstellen. Sie mußte sich ihre Entlohnung durch einen Geschäftsboteleitig gefallen lassen, als sie verlor, einige Seidenkleider, die sie zwischen den Bandungen einer Thermosflasche untergebracht hatte, herauszuschmuggeln.

Wachs als Hilfsmittel.

Mit besonderer Dreistigkeit arbeitete eine „vornehm“ gekleidete Dame, die sich in einem Juwelierladen kostbare Ringe zur „Auswahl“ vorlegen ließ, als gerade ein „Bettler“ den Laden betrat und um eine Gabe bat. „Gerührt“ warf sie ihm Geld in den Hut und mit dem Gelde auch einen entwendeten Ring, denn der Bettler war ein Komplize der „eingekleideten“ Frau. Gerade in Juwelierläden trifft man männliche Diebe häufiger an. Ihre Tricks werden immer wieder mit Erfolg angewandt. So benutzte einmal ein Juwelier einen Wachsklumpen, der zwischen Absatz und Sohle eingebracht war. Sein Komplize, der vor ihm den Laden betrat, ließ ein Schmuckstück zur Erde fallen, während der andere inzwischen mit nebensächlichen Fragen im Laden herumstand, mit dem Wachsklumpen auf das Schmuckstück trat und dann den Laden wieder verließ. Da der noch im Laden befindliche „Kampagnon“ nichts „Zufallendes“ fand, verließ auch er den Laden, um sich später mit seinem „Mitarbeiter“ an verabreiteter Stelle zu treffen. Wäre der Diebstahl noch rechtzeitig erwidert worden, hätten der Dieb und dessen Helfer nichts zu befürchten brauchen, da sie sich ruhig hätten untersuchen lassen können. In solchen Fällen fällt der Verdacht auf einen anderen Kunden, der während der Zeit oder später im Laden war.

Mißgeschick solcher Art machten die Diebe noch vorsichtiger. So „arbeiteten“ andere auf folgende Weise: Betrat einer der Diebe den Laden, so drückte er sofort Wachs unter die vorstehende Tischleiste, die gewöhnlich um den Ladentisch läuft. Gelang es ihm, einen Brillanten verschwinden zu lassen, so drückte er ihn an das Wachs fest. Wird dann der Diebstahl entdeckt, so findet man nichts an dem Dieb. Erst eine Stunde später erscheint der Komplize und „pflückt“ den Brillanten von der Ladentischleiste.

gebildet. Täglich verkehren 160 Jüge auf dieser Strecke; der Bahnkörper befindet sich mit dem Straßenniveau in gleicher Höhe, so daß die Uebergänge dauernde Gefahrenquellen bilden und zahlreiche Unglücksfälle hervorgerufen haben. Die viergleisig gedachte neue Bahn mit erhöhtem Bahnkörper würde auch diesen Uebelstand abstellen. Nach der neuesten Berechnung erfordert das neue Bahnprojekt einen Kostenaufwand von 8 Millionen Mark gegen ursprünglich veranschlagte 13 Millionen. Aus den Ausführungen des Bürgermeisters von Teltow Oberstreich ergab sich, daß sich Provinz, Regierungsbezirk und Kreis und auch die Stadt Berlin eifrig mit dem Projekt beschäftigen, das vielleicht in seiner Entwicklung bereits weiter gediehen wäre, wenn nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse hemmend gewirkt hätten. Der Bürgermeister verschwieg auch nicht, daß gewisse Interessentengruppen augenblicklich beständen; so werde jetzt ein neues U-Bahnprojekt diskutiert, das einen Weiterbau von Krumme Lanke über Zehlendorf-West bis nach Teltow plane.

Der Holzschnitt.

Eine Ausstellung der Lithographen und Steindrucker.

Der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufe zeigt im Ausstellungsraum seines Verbandshauses, Königin-Augusta-Straße 12, eine Schau „Der Holzschnitt“. Sie gibt Einblick in ein fast Jahrtausende altes Kunsthandwerk — in China wurde es schon im 10. Jahrhundert, in Europa seit dem 14. Jahrhundert ausgeübt. Heute droht es völlig zu erlöschen. Ein Rundgang durch die Ausstellung lehrt, wie sehr das zu bedauern wäre, und zwar nicht etwa nur im künstlerischen Sinn. Denn das wichtigste Arbeitsgebiet öffnet sich für den Holzschnitt. In keiner anderen Technik lassen sich zum Beispiel Details von komplizierten Maschinen, Oberflächeneffekte von Holz, Leder, Perlmutter usw. so deutlich wiedergeben wie im Holzschnitt. Große Unternehmen lassen daher auch ihre Kataloge und Warenanpreisungen noch immer gern mit Holzschnitten illustrieren. Aber die Aufträge sind zu gering; der Beruf der Holzschnitzer geht immer mehr zurück. In der Reichsdruckerei sieht ein Künstler dieses Fachs, der mit der Anfertigung von deutschen Wappen beschäftigt wird, weil man sonst keine ausreichende Arbeit für ihn hat. Dabei zeigen die Einladungskarten, die von den Mitgliedern des Verbandes zu den verschiedenen Veranstaltungen angefertigt wurden, wie wunderbar gerade der Holzschnitt geeignet ist, zu festlichen Veranstaltungen in gerade der Holzschnitt geeignet ist, zu festlichen Veranstaltungen in auch geeignet, wirkliche Kunst zu sehr wohlfeilen Preisen ins Volk zu tragen. Entzückende kleine Landschaftsbildchen, die gezeigt werden, ließen sich bei Massenherstellung für wenige Groschen abgeben.

Somit bietet die Ausstellung einen Ueberblick über die verschiedenen Epochen der Holzschnitzkunst, die ihren technischen Höhepunkt in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts erreichte, als der Holzschnitt zur Illustration der zahlreichen Familienzeitschriften diente. Besonders interessant ist die Reproduktion eines Bildes aus der Wiener Gemäldegalerie, ein 16-Farben-Holzschnitt, dessen Herstellung acht Jahre dauerte und 16 000 Gulden kostete. Natürlich führt die Ausstellung auch die Technik des Holzschnittes eingehend vor Augen.

Die Ausstellung, die bis Ende Januar dauert, ist Dienstag und Donnerstags von 10—12 Uhr, Sonnabends von 14—17 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.

Wie soll der Nacharbeiter nach Hause kommen?

Aus Buchdruckereien erhalten wir folgende Zuschrift: Als die Behörden seinerzeit den Wünschen der Unternehmer nachkamen und der Polizeistunde eine Ausdehnung gaben, die sie in der ganzen Welt nicht wieder hat, nämlich bis 3 Uhr nachts, da hat man sich wenig darum gekümmert, wie die Angestellten, die nach 3 Uhr nachts nach Hause wollten, ihr Ziel erreichten. Die Nachteile dieser Zustände sind oft Gegenstand öffentlicher Kritik gewesen. Besonders die weiblichen Restaurant- und Caféhausangestellten, die nachts in Ermangelung einer Fahrgelegenheit weite Fußwege zu machen haben, sind immer wieder Belästigungen, wenn nicht Schlimmerem ausgesetzt. Aber auch andere Arbeiterkategorien klagten darüber, daß man ihre Wünsche nicht oder ungenügend berücksichtigt. Bekanntlich liegen in dem Bezirk zwischen Jerusalem, Leipziger, Friedrich- und Lindenstraße die größten Berliner Zeitungsdruckereien, deren Personal erst in später Nachtstunde nach Hause kommt. Früher gab es die Straßenbahnlinie 32, die von der Behrenstraße diesen ganzen Komplex durchfuhr und alle Arbeiter, die zum größten Teil im Südoften und in Neukölln wohnten, mitnahm. Das ist leider nicht mehr der Fall. Linie 32 hat jetzt eine andere Führung und damit ist den vielen Druckerarbeitern nachts die Möglichkeit einer angemessenen Heimfahrt genommen. Jetzt müssen sie die letzten stets überfüllten Wagen der Linie 15 am Halleschen Tor abwarten, müssen bis zum Hermannplatz stehen, müssen auf dem Hermannplatz eine weitere halbe Stunde stehen und warten, bis sie ein Mannschaftswagen der Linie 27 gnädigst mitnimmt. Um 1/8 bis 3 Uhr sind sie dann endlich zu Hause. Wenn die BVG. im Weiteren dem vergnügungssüchtigen Teil der Bevölkerung Rechnung trägt und eine Autobuslinie bis nachts 4 Uhr laufen läßt, dann sollte sie erst recht dem Berufsverkehr ermattet von der Arbeit kommenden Arbeiter Rechnung tragen. Am besten würde das wohl dadurch geschehen, daß man am Dönhofsplatz durch die Jerusalem- und Lindenstraße ein paar Sonderwagen über Hermannstraße nach Neukölln und Brix laufen läßt.

Dachstuhlbrand in Charlottenburg.

Im Dachstuhl des Hauses Viekenjucker 9b in Charlottenburg, das erst kürzlich errichtet worden ist, brach gestern gegen 18 Uhr Feuer aus. Beim Eintreffen der alarmierten Wehrentstand der Dachstuhl bereits in seiner ganzen Ausdehnung in Flammen. Fünf Schlauchleitungen mußten in Tätigkeit gesetzt werden, um den Brand niederzukämpfen. Durch herabdringende Wassermassen ist in einigen Wohnungen schwerer Schaden angerichtet worden. Die Aufräumarbeiten zogen sich bis in die späten Abendstunden hin. Das Feuer ist vermutlich in einer Manfardenwohnung entstanden, die den Flammen fast restlos zum Opfer fiel.

Sprechchor für proletarische Feierstunden. Donnerstag, den 15. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Gefangnis der Sophienstraße. Weinmeisterstraße 16/17, Uebungsstunde. — Die Mitglieder des Sprechchors werden gebeten, zu beachten, daß die Bestattung des verstorbenen Genossen Franz Kothenfelder am Sonnabend, nachmittags um 3 Uhr in Eichwalde stattfindet.

Hilflich empfohlen zum Schutz gegen Grippe

Panflavin PASTILLEN

GRIPPE

Die Auffindung des Waffenlagers.

Haftbefehl gegen den Besitzer.

Dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium ist gestern mittag der Kutscher Richard Worpel aus der Georgenkirchstraße 64 vorgeführt worden, in dessen Wohnung ein Waffenlager von etwa 4000 Schuß Infanteriemunition, 600 Schuß Repetierpistolenmunition, sowie mehreren Infanteriegewehren und Maschinengewehrflößern entdeckt wurde.

Neben den Waffen wurden bei Worpel eine Reihe von sogenannten Zerlegungsschriften gefunden, die zum Teil durch reichsgerichtliche Urteile der Beschlagnahme unterliegen. Wegen Worpel ist Haftbefehl wegen des Verdachts des Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz, Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen die Waffengesetze erlassen worden.

Berlin, wie es nur wenige kennen.

Die Vernichtung der Spittelkolonnen und der drohende Untergang des Ephraimischen Hauses und des uralten Lagerhauses in der Klosterstraße, von vielen anderen Dingen ganz abgesehen, hat eine tiefgehende Beunruhigung in den Kreisen der Freunde einer Berliner Heimatliteratur hervorgerufen, denn die Förderung des guten Neuen und des vielleicht noch besseren Kommenden schließt doch nicht aus, daß man das gute Alte erhält und pflegt. In seinem Buch Berlin, wie es nur wenige kennen (Norddeutsche Buchdruckerei und Verlags-Anstalt, Berlin S.W.), stellt sich Dr. E. R. Ueberfeldt als ein verständiger, wohlwollender und fördernder Freund des Alten und des Neuen Berlin vor. Er hat mit ungewöhnlich wachen Sinnen, wie man das sonst nur bei dem modernen Journalisten findet, die Vermillionenstadt nach allen Richtungen hin durchstreift und enthüllt uns nun neben mancherlei Bekanntem und Wohlgeschähtem so viele neue eigenartige und bemerkenswerte Dinge, daß man mitunter verblüfft ist darüber, daß man diese Dinge selber noch nicht gesehen oder beachtet hat. Aus diesem trefflichen Buch erfährt man, daß Berlin keineswegs das Berlin um Lustgarten, Unter den Linden und Stegessallee ist, sondern daß die Würze, das Eigenartige, das Kuriose, das Interessante und Romantische von ganz anderen Dingen kommt, an die man kaum denkt. Man wird als Fremder Berlin nicht kennenlernen, wenn man ein solches Buch nicht gleichfalls studiert. Wir freuen uns, daß Ueberfeldt auch der neuen Bau- und Siedlungsform, wie sie im Briker Gehag-Häufeln Ausdruck findet, gerecht wird. Ein besonderer Vorzug dieses Buches, das in jede Volkshandlung und in die Hände aller Heimats-, Natur- und „Naturfreunde“ gehört, ist, daß der Text neben den vielen Illustrationen knapp und doch ausführlich gehalten ist.

Wie stark sich in Berlin ein neues Heimatgefühl durchsetzt, erfährt man auch daraus, daß z. B. der ganz profanistisch bewohnte und von der Sozialdemokratie stark beeinflusste Berliner Bezirk Friedrichshain unseres Wissens als erster einen eigenen kommunalpolitisch orientierten Heimatkalender (Buchdruckerei Gutschow-Pach, Berlin-Stralau) herausgebracht hat, der eine große Anzahl höchstwertiger Beiträge enthält. Der Bezirksbürgermeister schreibt zu dem Thema: Wie der Bezirk Friedrichshain wurde, Stadtrat Günther über einen Arbeitstag im Gesundheitsamt, Rektor Gensch über Volkshandlungsarbeit, Rektor Wilschowsky unternimmt sogar eine Wanderung durch den Bezirk, Stadtmann Freywald läßt einen Blick hinter die Kulissen des Wohlfahrtsamtes tun und Stadtrat Brücker, W. d. L. schildert die Veränderung des Stadtbildes. Wie mir vorher objektiv die literarische Arbeit eines bürgerlichen Verfassers anerkannt haben, so hoffen wir, daß auch die bürgerliche Presse der guten hingebenden und wertvollen Arbeit von Sozialdemokraten, wie sie in diesem Heimatkalender zum Ausdruck kommt, die Anerkennung nicht verjagen wird.

Allgemeine Wetterlage.



Die Wetterlage zeigt jetzt eine Tiefdruckrinne, die das Tief über dem Nordkap über die Ostsee und Nordwestdeutschland hinweg mit einer Depression über Frankreich verbindet. Von hier aus bläst sie nach Südosten um und reicht bis zu einem Tiefdruckgebiet über Südrussland. Unter ihrem Einfluß war am Dienstag das Wetter in Nord- und Westdeutschland größtenteils trübe und stellenweise auch neblig. Besonders im Nordwesten kamen dabei leichte Schneefälle vor; die Temperaturen stiegen in der nördlichen Hälfte Deutschlands wieder vielfach über den Gefrierpunkt. Im Süden dauerte das teilweise heitere Frostwetter fort. Nur langsam scheint die abendwärmere Rinne ihren Druck nach Osten und Süden hin an Raum zu gewinnen. Sie wird daher auch am Mittwoch noch unser Wetter bestimmen.

Wetterausblick für Berlin: Nimmlich trübe mit einzelnen leichten Schneefällen; Temperaturen nahe bei Null. — Für Deutschland: Im Osten und Süden teilweise heiteres Frostwetter; in West- und Mitteldeutschland vielfach leichte Schneefälle, Temperaturen nahe bei Null.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Der Bezirksrat des Arbeiter-Tilbungsvereins und des Bezirksverbandes Groß-Berlin der freien Schulvereinigungen über „Probleme marxistischer Soziologie“ beginnt am Freitag, 16. Januar, 19 Uhr, Schule Damsdorfer Str. 2, Lehrer Prof. Abramowitz, Teilnahmgebühren für 8 Abende 2 M. Gewerkschaft frei. Neue Vertretung und pünktliches Erscheinen ist notwendig. Anmeldungen am 1. Unterrichtsabend noch möglich.

7. Kreis Charlottenburg. Bildungsvereine: Donnerstag, 19. 19 Uhr, Beginn des Kurses Goldstein: „Bürgerliche und sozialistische Kultur“ im Jugendheim Pöhlstraße, 4. — Die Frühjahrsabendwörter der Sozialisten und Freidenker findet für Charlottenburg am Sonntag, 20. März, 11 Uhr, in der Aula der Sophie-Charlotte-Schule, Schwanenstr. 23-27, statt. Anmeldungen in den bekannten Stellen.

11. Kreis Schöneberg. Die für den 10. Januar vorgesehene öffentliche Frauenversammlung findet nunmehr bestimmt am 21. Januar, um 10 Uhr, in der Bohlenpöhlern-Schule, Weisener Ecke Eisenacher Straße, statt. Programm am 8. Februar muß ebenfalls verschoben werden.

12. Kreis Tempelhof. Am Freitag, 16. Januar, beginnt pünktlich 19 Uhr, unter Leitung des Genossen Dr. Othromski, im Praktikumsraum des Bezirkskomitees Tempelhof, Dorfstr. 49, ein neuer Kursus der Arbeiterwohlfahrt. Das Thema lautet: „Sozialistische Kommunalpolitik“. Die Bezirksleiter werden erbeten, mit werdenden Worten auf diesen Kursus hinzuwirken und die überausenhten Mitglieder auf dem nächsten Abend zu vertreten.

Mitgliederveranstaltungen und Zahlabende

heute, Mittwoch, 14. Januar, in nachstehenden Lokalen:

1. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
2. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
3. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
4. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
5. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
6. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
7. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
8. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
9. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
10. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.

Morgen, Donnerstag, 15. Januar:

1. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
2. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
3. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
4. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
5. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
6. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
7. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
8. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
9. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.
10. 19. 19 Uhr Hofesher Hof, Hofesher Str. 40-41. Außer Vortrag Jahresberichte und Neuwahlen.

Frauenveranstaltungen.

1. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, 15. Januar, 19 Uhr. Kaufhausvereinigung bei Rosa, Damsdorfer Str. 71.
2. Kreis Friedrichshain. Donnerstag, 15. Januar, 19 Uhr. bei Benfchel, Remeler Str. 13. Funktionärinnenversammlung.

Bezirksauschuh für Arbeiterwohlfahrt.

1. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, 15. Januar, 19 Uhr. Kaufhausvereinigung bei Rosa, Damsdorfer Str. 71.
2. Kreis Friedrichshain. Donnerstag, 15. Januar, 19 Uhr. bei Benfchel, Remeler Str. 13. Funktionärinnenversammlung.

Beitrag zur Arbeiterwohlfahrt.

19. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, 15. Januar, 19 Uhr. Kaufhausvereinigung bei Rosa, Damsdorfer Str. 71.

Beitrag zur Arbeiterwohlfahrt.

19. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, 15. Januar, 19 Uhr. Kaufhausvereinigung bei Rosa, Damsdorfer Str. 71.

Beitrag zur Arbeiterwohlfahrt.

19. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, 15. Januar, 19 Uhr. Kaufhausvereinigung bei Rosa, Damsdorfer Str. 71.

Beitrag zur Arbeiterwohlfahrt.

19. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, 15. Januar, 19 Uhr. Kaufhausvereinigung bei Rosa, Damsdorfer Str. 71.

Beitrag zur Arbeiterwohlfahrt.

19. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, 15. Januar, 19 Uhr. Kaufhausvereinigung bei Rosa, Damsdorfer Str. 71.

Beitrag zur Arbeiterwohlfahrt.

19. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, 15. Januar, 19 Uhr. Kaufhausvereinigung bei Rosa, Damsdorfer Str. 71.

Beitrag zur Arbeiterwohlfahrt.

19. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, 15. Januar, 19 Uhr. Kaufhausvereinigung bei Rosa, Damsdorfer Str. 71.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Gruppe Martha Domnina: Die Gruppenabende finden jetzt wieder statt: jeden Dienstag Jung- und Alte fallen, jeden Mittwoch Neufallen und die Musikgruppe, jeden Freitag alle fallen, Jugendheim Eberstr. 12, Ost, von 18 bis 19 1/2 Uhr.

Geburtstage, Jubiläen usw.

5. Abt. Unserer Genossin und Genossen Sellmann zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
21. Abt. Unserem Genossen Otto Klein, Kollmer Str. 26, zu seinem 70-jährigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.
23. Abt. Unserem Genossen Karl Schilling, Kollmer Str. 26, die besten Glückwünsche zum 70. Geburtstag.
24. Abt. Unserem Genossen Wilhelm Schilling, Kollmer Str. 26, die besten Glückwünsche zum 70-jährigen Geburtstag.
25. Abt. Unserem Genossen Wilhelm Schilling, Kollmer Str. 26, die besten Glückwünsche zum 70-jährigen Geburtstag.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

19. Abt. Unserer Genossin und Genossen Sellmann zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
21. Abt. Unserem Genossen Otto Klein, Kollmer Str. 26, zu seinem 70-jährigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.
23. Abt. Unserem Genossen Karl Schilling, Kollmer Str. 26, die besten Glückwünsche zum 70. Geburtstag.
24. Abt. Unserem Genossen Wilhelm Schilling, Kollmer Str. 26, die besten Glückwünsche zum 70-jährigen Geburtstag.
25. Abt. Unserem Genossen Wilhelm Schilling, Kollmer Str. 26, die besten Glückwünsche zum 70-jährigen Geburtstag.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Funkwinkler

Dr. Anni Friedländer wies auf die Vertrauensstelle für Eheleute und Verlobte hin, die sich in Charlottenburg, Goethe-Straße 23, befindet. Sie zeigte an Beispielen, daß sich die stets vertraulichen und unentgeltlichen Beratungen, die hier erteilt werden, auf die verschiedenartigsten Fragen des Lebens erstrecken. Man hätte nur gewünscht, daß die Vortragende noch eingehender die so sehr wichtige Verlobtenberatung behandelt und ihre Notwendigkeit anschaulicher bewiesen hätte. — Genosse Franz Klüh's berichtete „Aus der Geschichte der Arbeiterpresse“. Er gab einen Überblick über ihre Entwicklung von den spärlichen Anfängen nach der Märzrevolution von 1848 bis zu ihrer heutigen machtvollen Entfaltung. Der Aufstieg der Arbeiterpresse läuft parallel mit der Aufstiegsgeschichte der Sozialdemokratie. Heute haben wir in Deutschland über 200 sozialdemokratische Tageszeitungen, zahlreiche sozialistische Wochen- und Monatschriften und Gewerkschaftszeitungen, die Ausgaben von vielen Millionen aufweisen. Diese Entwicklung hat dem ganzen Volk genützt. Die Arbeiterpresse stellt einen der wichtigsten Faktoren zur Arbeiterbildung dar; es ist nicht zuletzt auch ihr Wert, daß der Durchschnitt der Arbeiterklasse heute über eine ungleich höhere Bildung verfügt als etwa nach der Arbeiter aus dem letzten und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Vor allem aber hat sie in jedem einzelnen das Bewußtsein geweckt, mit verantwortlich zu sein an der Gestaltung und der Entwicklung des Staates. — Filme, die man nicht dreht“ hielt eine Veranstaltung, die mit einer höchst geistreichen und anschaulichen Film- und Tonfilmkritik begann, dann aber dieser Verneinung auch eine Besprechung gegenüberstellte: Filmautoren, deren Manuskripte nach kein Regisseur entdecken wollte, obgleich sich diese Entdeckung sehr lohnen würde. — Leseproben und Szenenschilderungen bewiesen das den Hörern. — In der Jugendstunde brachte ein Gespräch zwischen Dr. Peter Supf und Wolfgang von Gronau eine interessante Gegenüberstellung: Dr. Supf erzählte eine 4000 Jahre alte indische Sage von einem, der den Ocean überflog und dabei phantastische Abenteuer zu bestehen hatte, und zeigte dann im Verlauf des Berichtes Wolfgang von Gronau, der seinen Amerikafahrt schilderte, wie der indische Dichter die helfenden und feindlichen Kräfte solches Meerfluges schon in seinen Phantasien vorausgesehen hat.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Für die Gesundheit: STAATL. FACHINGEN

STAATL. FACHINGEN

Der Stahltrust in der Krise.

Zehntausende abgebaut. — Die Schande der Eisenpreise.

Der rheinisch-westfälische Stahltrust, die Vereinigten Stahlwerke A. G. in Düsseldorf, hat jetzt ihren Quartalsbericht für die Zeit vom Oktober bis Dezember 1930 veröffentlicht. Dieser Bericht, der das erste Quartal des ab 1. Oktober laufenden neuen Geschäftsjahres 1930/31 betrifft, gibt einen tiefen Einblick in die Eisen- und Kohlenkrise in Deutschland.

Wie bei der weiteren Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftskrise nicht anders zu erwarten war, sind auch im Berichtsjahre Produktion und Umsätze, die bereits im Herbst einen sehr tiefen Stand erreicht hatten, weiter gesunken. So ging die Kohlenproduktion gegenüber dem letzten Quartal von 5,76 auf 5,23 Millionen Tonnen, also um 9 Proz. zurück und liegt

um mehr als 2,1 Millionen Tonnen unter der Fördersziffer

der gleichen Zeit von 1929. Weitläufiger noch sind die Produktionsverluste bei der Roheisenerzeugung, die sich um 17 Proz. von 2,08 auf 1,73 Millionen Tonnen verringerten. Etwas geringer sind die Rückgänge in den Eisen- und Stahlbetrieben. Allerdings ist bei den Hochöfen die Roheisenerzeugung mit einem weiteren Rückgang von 8 Proz. — erzeugt wurden in der Berichtszeit 940 000 gegen 1,02 Millionen Tonnen — noch hoch genug, während sich die Rohstahlerzeugung mit rund einer Million Tonnen etwas besser gehalten hat. Vergleicht man jedoch das entsprechende Vierteljahr von 1929, so ergibt sich vom Oktober bis Dezember 1930 ein Produktionsverlust von mehr als 40 Proz.

Dementsprechend ist auch der Umsatz des Stahltrusts an Fremde — nicht einbezogen sind die Umsätze mit den Konzernwerken und Tochtergesellschaften — ganz erheblich gesunken. Wie die folgende Tabelle zeigt, haben sich die Umsätze seit dem letzten Vierteljahr von 1929 ständig verringert, und gegenüber dem Vorjahr ist insgesamt ein Umsatzerlust von rund 35 Proz. eingetreten.

| | Gesamtumsatz | Inlandsumsatz | Export |
|--------------------|---------------------------|---------------|--------|
| | (alles in Millionen Mark) | | |
| Okt. bis Dez. 1929 | 356,2 | 219,2 | 137,0 |
| Jan. - März 1930 | 329,3 | 206,8 | 122,4 |
| April - Juni 1930 | 289,6 | 180,4 | 109,2 |
| Juli - Sept. 1930 | 276,4 | 168,4 | 107,9 |
| Okt. - Dez. 1930 | 231,3 | 129,5 | 101,8 |

Keuherst bezeichnend für die verheerenden Auswirkungen der innerdeutschen Eisenpreiskrise ist die Tatsache, daß

der Inlandsumsatz gegenüber 1929 um fast 46 Proz. zusammengeschumpft

ist, während der Auslandsumsatz nur eine Verringerung um 26 Proz. aufweist.

Für die Belegschaft des Stahltrusts ist die Krise

von schwerwiegendsten Folgen begleitet gewesen. Die Gesamtbelegschaft hat sich von Ende 1929 bis Ende 1930 von 173 852 bis auf 120 954 Mann verringert. Die Hauptlasten der Abbaumaßnahmen hatten die Bergarbeiter zu tragen, von denen bei einer Gesamtbelegschaft von 86 086 Mann rund 29 000 Mann auf die Straße gesetzt wurden. Insgesamt sind in den Betrieben des Stahltrusts allein

rund 52 900 Mann im Laufe eines Jahres abgebaut

worden. In dem letzten Vierteljahr 1930 wurden noch 14 000 Mann von den Abbaumaßnahmen betroffen.

Noch klarer wird nach diesen erschütternden Ziffern die Schwere der gegenwärtigen Eisenkrise durch die Mitteilung des Stahltrusts, daß die zum Jahresende 1930 vorhandenen Auftragsbestände nur 59,4 Proz. der entsprechenden Aufträge im Monatsdurchschnitt des Geschäftsjahres 1929/30 ausmachen. Der Auftragsbestand des größten deutschen Montanunternehmens ist also nahezu auf die Hälfte dessen zusammengeschrumpft, was er in der schon schlechten Zeit vom September 1929 bis September 1930 zu verarbeiten hatte.

Wenn es noch eines Beweises dafür bedürft hätte, daß die Schwerindustrie mit ihren Eisenpreiskrisen die deutsche Wirtschaft ruiniert, so gibt ihn der vorliegende Bericht des Stahltrusts. Ganz abgesehen von der selbstmörderischen Taktik, ihre eigenen Betriebe lieber still liegen zu lassen, anstatt mit billigeren Preisen Aufträge heranzuziehen, macht der Eisenpreismacher unsere wichtigsten Exportindustrien konkurrenzunfähig und setzt neue Massen von Erwerbslosen auf Pflaster. Wie lange will die Regierung, deren ganzes Prestige auf einer wirksamen Durchführung der Preisabbauaktion beruht, noch vor den Stahlmagnaten kuscheln? Wenn die Preisentwertung der Regierung einzig und allein

an den Stellen des geringsten Widerstandes

gewisse Erfolge zu verzeichnen hat, so kann sie sich nicht wundern, wenn im Volke vom Preisabbauswindel gesprochen wird, da ja die Tatsache besteht, daß auch heute noch, in der Zeit der schwersten Not, eine kleine Gruppe von Kartellmagnaten die Wünsche der Regierung mit einem höhnischen Quittierl. Will die Regierung ihr Ansehen wahren, so darf sie diesen eisenstülpigen Herren an der Ruhr nicht nur mit Wünschen kommen, sondern muß fordern. Und wird man die Forderungen der Regierung gleichfalls sabotieren wollen, so muß mit den scharfen Mitteln, die der Regierung Brünning zur Verfügung stehen und die sie bisher in stark einseitiger Weise gegen die Interessen der breiten Massen angewandt hat, durchgegriffen werden.

zulänglichst einen Fortschritt in der Entlastung bedeutete, und das gilt genau so bei der nächsten Etappe der Revision des Young-Plans. Weil dem so ist, muß man sich auch darüber im klaren sein, daß die größte Gefährdung des Prozesses der weiteren Senkung der Reparationslasten in einer Außenpolitik liegt, die nicht klar auf dieses, nur auf dem Wege der Verständigung zu erreichende Ziel eingestellt ist, sondern die aus Populärheitsucht die verschiedensten Ziele, von denen an sich jedes einzelne berechtigt sein mag, auf einmal lärmhaft vertritt mit dem Erfolg, in der Welt

die Atmosphäre des Mißtrauens

zu verschärfen. Gerade weil es uns ernst ist mit einer weiteren Entlastung des deutschen Volkes von Reparationszahlungen, ist es unsere Pflicht, den Illusionen und Phrasen, die die Reparationsdebatte belasten, ohne die Revision auch nur im geringsten vorwärts zu treiben, entgegenzutreten. Eine einigermaßen nüchterne Betrachtung des Reparationsproblems und des Tempos der Revisionsausichten ist aber auch deshalb notwendig, weil wir uns nicht der trügerischen Hoffnung hingeben dürfen, als ob von dieser Seite ein entscheidender Einfluß auf die Überwindung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Notstandes ausgehen könnte. Wenn man mit dieser Illusion arbeitet, so kann das nur geeignet sein, die Energien zu lähmen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik im Innern, auf denen die wichtigsten Entscheidungen zur Überwindung der Krise und vor allem auch zur Verringerung der Last der Opfer der Krise zu treffen sind.

Fritz Naphtali.

Umsätze der Warenhäuser.

In den ersten 11 Monaten 1930 gut behauptet.

Die „Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser“ veröffentlichte soeben Zahlen über die Umsatzbewegung bis Ende November 1930. Der Gesamtumsatz der Warenhäuser betrug im November 86 Proz. des Umsatzes vom November 1929. Zum größten Teil dürfte aber dieser Umsatzrückgang auf Preisermäßigung zurückzuführen sein. Die Gruppe Bekleidung weist einen Gesamtumsatz von 82,6 Proz. gegenüber dem Umsatz des Vorjahres aus. In dieser Gruppe ist besonders stark in Reiseleidenschaft gezogen die Herrenkonfektion, bei der die Umsätze fast 30 Proz. niedriger als im November 1929 lagen. Dieser Rückgang entspricht den in Spezialgeschäften festgestellten Zahlen. Bei der Abteilung Damenkonfektion blieben die Umsätze um rund 22 Proz. hinter dem Vorjahre zurück. Bei der Gruppe Hausrat und Möbel wurde ein Umsatz von 85 Proz. des Vorjahresumsatzes festgestellt. Am günstigsten war die Entwicklung bei Nahrungs- und Genussmitteln, die einen Umsatz von 100,8 Proz. im Vergleich zum Vorjahre erreichten. Unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Preisermäßigung dürfte der Umsatz mengenmäßig den des Vorjahres nicht unbedeutend übersteigen. Allerdings hat sich das Tempo der Umsatzsteigerung, das bisher in dieser Gruppe gegenüber den entsprechenden Monaten des Vorjahres festzustellen war, verlangsamt.

Für die ersten elf Monate des Jahres 1930 wurde ein Umsatz von insgesamt 94,6 Proz. des Umsatzes der ersten elf Monate 1929 ermittelt. Da in der gleichen Zeit der Preisrückgang kaum geringer als 5,4 Proz. gewesen sein dürfte, ist die Umsatzmenge gegenüber dem Vorjahre wenig oder gar nicht gesunken. Am stärksten war der Umsatzrückgang bei der Gruppe Bekleidung mit 92,6 Proz.; aber bei den Textilien ist besonders die Herrenkonfektion ziemlich stark gefallen, so daß auch hier mengenmäßig kaum ein Rückgang festgefunden haben dürfte. In der Gruppe Bekleidung ist auch in den ersten elf Monaten die Herrenkonfektion mit 83,6 Proz. am stärksten hinter der Ziffer des Vorjahres zurückgeblieben. Nahrungs- und Genussmittel weisen einen Umsatz von 102,2 Proz. gegenüber dem Vorjahre aus. Bei diesen Waren dürfte also eine nicht unbedeutliche Umsatzsteigerung eingetreten sein.

Sonderkonjunktur für Hypothekendarlehen.

Erhöhte Reingewinne und steigende Dividenden.

Die Hamburger Hypothekendarlehenbank, die alljährlich mit ihrem Abschluß den Reigen der Realreditinstitute in der Bilanzzeit eröffnet, zahlt wie im Vorjahre wieder eine Dividende von 10 Prozent. Der beträchtlich erhöhte Reingewinn von 1,6 gegen 1,3 Millionen Mark zeigt, in welchem Umfang das Unternehmen von der kräftigen Sonderkonjunktur auf dem Hypothekendarlehenmarkt profitiert hat. Der Reingewinn, der für die Dividendenzahlung nicht beansprucht wird, bleibt im Betriebe und wird auf neue Jahresrechnung vorgezogen, womit sich der Gewinnvortrag bei dieser Bank auf über eine halbe Million Mark erhöht.

Gleich günstig ist der Abschluß der Rheinisch-Westfälischen Boden-Kreditbank A. G. in Köln, die nach der vorjährigen Dividendenerhöhung von 10 auf 11 Proz. diesmal ihre Aktionärsdividenden auf 12 Proz. heraufsetzt. Nach dem Geschäftsbericht hat das Unternehmen im Berichtsjahre 36 Millionen dem Kapitalmarkt zugeführt. Die durchschnittliche Beleihung im Neugeschäft stellte sich auf 36,8 Proz. Die Höhe der Bankguthaben und Kassenbestände, die mit 10 Millionen das Aktienkapital von 9 Millionen Mark bei weitem übertreffen, zeigt, daß die Gesellschaft sozusagen im Gelde schwimmt.

Ohne auf Grund dieser beiden vorliegenden hohen Gewinnabschlüsse schon Schlüsse auf das Gesamtergebnis des Hypothekendarlehengeschäftes im letzten Jahr ziehen zu wollen, scheint sich doch auch diesmal wieder, wie schon in den letzten Jahren, herauszustellen, daß die Gewinne im Hypothekendarlehengeschäft ungewöhnlich hoch sind, was sicherlich für die Aktionäre der privaten Hypothekendarlehenbanken sehr angenehm, für die Entwicklung des Kapitalmarktes aber alles andere als förderlich ist.

Krupp ist vorsichtig. Der Aufsichtsrat des Krupp-Konzerns hat beschlossen, für das am 30. September abgeschlossene Geschäftsjahr 1929/30 keine Dividende auszuschütten. Der Konzern, der schon von jeher eine vorsichtige Reservepolitik geübt und überdies als Familienaktiengesellschaft keine Opposition bei seinen Aktionären zu fürchten hat, ist natürlich in der gegenwärtigen Situation besonders darauf bedacht, sich durch Zurückhaltung der Geschäftsgewinne schlagkräftig zu halten.

Kohlenyndikat senkt die Umloge. Im Zusammenhang mit der am 1. Dezember vorgenommenen Preisentwertung wird die Umloge auf die Verkaufserlöse der einzelnen Mineralwerke, die zur Deckung von Exportverlusten dient, von 2,94 W. auf 2,15 W. herabgesetzt.

Die Reparationsdebatte.

Nicht politisches Geschrei, sondern ernste Vorarbeit.

Daß in Deutschland bei jeder neuen Verschärfung der Wirtschaftskrise der Wunsch nach Entlastung von Reparationsleistungen stärker zum Ausdruck kommt, ist eine ganz natürliche Erscheinung. Das Gefühl, daß alle Voraussetzungen für die Anwendung der Revisionsmöglichkeiten des Young-Plans gegeben sein sollten, wird immer stärker. Es wird dadurch unterstützt, daß schon die Veränderungen des internationalen Preisniveaus, also damit des Goldwertes, die sich im Verlaufe dieser internationalen Wirtschaftskrise durchsetzen, billigerweise den

Anlaß zur Revision der Reparationslasten

geben sollten.

Weder über den Wunsch nach Entlastung noch über die wirtschaftliche Berechtigung dieses Wunsches wird es in Deutschland, d. h. auf der Schuldnerseite, Meinungsverschiedenheiten geben. Die entscheidende Frage ist aber gar nicht die, in welchem Grade wir Schuldner unter uns einig sind über die Schwere und Unbilligkeit der Last, die wir zu tragen haben, sondern in dem Augenblick müssen wir uns auch darum kümmern, wie es auf der Gläubigerseite aussieht.

Ein Teil der deutschen Presse hat es eine Zeitlang für gut befunden, jede an sich gewiß begrüßenswerte Stimme, möge sie von einem amerikanischen Bankier oder von diesem oder jenem fortschrittlichen Politiker oder Nationalökonom stammen, die sich für eine Revision des Young-Planes ausgesprochen hat, den deutschen Lesern in einer Form mitzuteilen, die den Eindruck erwecken mußte, als ob in der ganzen Welt die Stimmung bereits für eine Revision gegeben wäre. Die Wirklichkeit ist leider von dieser Darstellung weit entfernt. Wir müssen uns immer bewußt bleiben, daß von den auf Grund des Young-Plans vereinfachten Zahlungen der größte Teil über die Begleichung der interalliierten Schulden nach Amerika fließt. Von den rund 1700 Millionen, die als Rate für das Finanzjahr 1931/1932 von Deutschland zu zahlen sind,

fließt rund eine Milliarde

nach den Vereinigten Staaten. Der amerikanische Senat aber hat im Dezember noch jede Neuregelung der interalliierten Schulden, die eine entscheidende Voraussetzung für eine ernsthafte Revision der deutschen Reparationslasten wäre, einstimmig abgelehnt. Ebenso wenig ist in irgendwelchen maßgeblichen französischen oder englischen Kreisen aus der letzten Zeit die Reizung zur Revision zu verspüren. Im Gegenteil, man muß nüchtern konstatieren, daß die Vertiefung der ernsthafte Debatte um die Senkung der Reparationslasten, die in dieser Krise als ganz natürlich empfunden wird, mit dem nationalpolitischen Geschrei in Deutschland, das nicht nur auf die Senkung der Reparationen im Rahmen des Young-Plans gerichtet ist, sondern gleichzeitig die Revision des Versailleser Vertrages nach allen Seiten und mit allen Mitteln propagiert, dazu geführt hat, daß sich englische und französische Stellen gegenseitig ihre

Solidarität in Abwehr deutscher Forderungen

versichern, wie dies erst vor wenigen Tagen in einem bemerkenswerten Artikel der „Times“ zum Ausdruck kam.

Für die richtige Einschätzung der Frage des Zeitpunktes, in dem deutsche Bemühungen auf die Senkung der Reparationslasten praktische Erfolge versprechen können, muß man sich immer vergegenwärtigen, daß eine schwere Wirtschaftskrise nicht nur bei uns herrscht, sondern daß sie auch mit einer relativ kaum geringeren Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten, in England, in Italien und vielen anderen Ländern wütet. Solange in dieser Situation eine Senkung der deutschen Reparationszahlungen die unmittelbare Folgerung in den Empfangsländern hätte, daß sie ihre Steuern erhöhen müssen, werden begreiflicherweise in der Krisenzeit die Widerstände in den Regierungen und bei den breiten Massen der Bevölkerung außerordentlich stark sein. Trotzdem besteht durchaus die Möglichkeit, daß sich allmählich in dieser Beziehung die Voraussetzungen für eine Revision der Zahlungen nach dem Young-Plan verbessern. Sehr wichtig wäre es in dieser Beziehung z. B., wenn sich auf Grund der Senkung der Zinssätze in Amerika, in Frankreich, in England eine Konvertierung der inneren Kriegsschulden, d. h. eine Umwandlung der höher verzinslichen inneren Anleihe in niedriger verzinsliche durchgeführte werden würde. Ihre Verwirklichung im Laufe des Jahres 1931 würde unter Umständen die Voraussetzung dafür schaffen, daß

eine Herabsetzung der Reparationszahlungen

sich vollziehen könnte ohne steuerliche Ansprüche an die Bevölkerung in den Gläubigerländern.

Wenn man wirklich ernsthafte Arbeit für die Revision der Reparationslasten leisten will, so ist es notwendig, sich der realen Widerstände auf der Gläubigerseite bewußt zu sein und die Möglichkeiten für die Überwindung dieser Widerstände abzutasten und vorzubereiten. Würde man den komplizierten Mechanismus des Transferratoriums, des Zahlungsausschubs und des Anspruchs auf Revisionsprüfung nach dem Young-Plan in Bewegung setzen, nur um innerpolitisch eine Geiste der Kraft zu machen, ohne den schnellen Erfolg der Schritte vorher politisch gesichert zu haben, so würde das zunächst wirtschaftlich nur eine neue Quelle der Beunruhigung schaffen. Der Abzug ausländischer Kredite aus Deutschland würde in einer solchen Periode der Unsicherheit sich erneut verschärfen und damit würde auch die

Wirtschaftskrise noch weiter vertieft

werden oder zum mindesten ihre allmähliche Überwindung weiter erschwert werden. Es hat keinen Zweck, sich Täuschungen über die Gefahren einer solchen Politik der Demonstrationen hinzugeben und im deutschen Volk eine Stimmung aufkommen zu lassen, als ob die Senkung der Reparationslasten nur eine Frage des Rates und der Energie der deutschen Regierung wäre. In Wirklichkeit hängen die Voraussetzungen für einen Erfolg der Revision der Reparationslasten ab vom Verlauf der internationalen Krise und von der Schaffung der internationalen politischen Voraussetzungen für einen neuen Fortschritt auf dem Wege der Verständigung. Daß die Reparationen in erster Linie nicht ein wirtschaftliches, sondern ein politisches Problem sind, das geht bei dem Übergang vom Dawes-Plan zum Young-Plan, der trotz aller Un-

Friedrich Mitteroth: Das Armenrecht

Die Autos stoppten mit laufenden Motoren. Die Wagen schoben sich in einen stierischen Anäuel ineinander. In einer Pöke, die ein Handkarren in das Autogewühl brachte, zog sich ein Radfahrer bis an die Stirnhaube eines Autos vorwärts. Die Pferde eines Lastfuhrwerks hingen ihre Köpfe in das Hinterrad eines Lastbusses hinein und schnupperten mit nassen Nüstern an den bunten Kleibern junger Mädchen, die laut auftratschten.

Thimig wurde von hinten gedrängt und seitwärts gestoßen, als er über den Fahrdamm schritt. Er trat beinahe in den Blumenkorb einer Händlerfrau, die mit einem der Chauffeure in der vorderen Reihe schimpfte. Plötzlich fühlte er einen stechenden Schmerz im rechten Fuß, aber er wurde mit den anderen vorwärts gerissen. Knatternd und hupend jagte die wilde Jagd vorüber. Thimig tastete sich mit dem schmerzenden Fuß einige Schritte weiter, dann stand er an die Bahnhofsmauer gelehnt. Er schlich hintend die Treppe hinauf und stieg in die Hochbahn, die eben einließ.

Dieser plötzliche Befall seines Körpers stand ganz außerhalb des Programms. Er hatte keine Zeit für einen solchen Zwischenfall; in seinem Leben war kein Raum für das Ungewöhnliche. Es trieb ihn um so rastloser vorwärts, je weniger die Dinge einen Namen hatten, die ihn trieben. Thimig lebte nur von Zufällen, die er sich vom Tage schenken ließ oder auch selbst konstruierte. Er schrieb kleine Reportagen und Berichte, die er den Zeitungen brachte. Seine Frau hatte Mühe, mit diesem geringen Verdienst die Wirtschaft daheim in Fluß zu halten. Aber in allem war für Thimig immer noch eine kleine Befriedigung, das Lächeln einer übergeordneten Persönlichkeit in ihm, über das, was sich aus solchem zeitlichen Zustand entwickeln würde. Aus dem eigenen Unfall aber schien für Thimig nichts herauspringen zu wollen.

Während er auf der zweiten Hälfte des Heimweges auf dem Hinterperon der Straßenbahn stand, überlegte Thimig, wie er den Schmerz im Fuß überwinden könnte. Letzte Tage etwa mit dieser Sehnenzerrung zu pausieren, das war unmöglich. Sein Blick traf den tiefen Brustauschnitt einer Frau, die dichtgedrängt an ihm stand. Aber der Fuß mahnte, die Schmerzen strahlten schon bis zum großen Zeh hin. Doch fiel ihm dabei ein, daß seine Frau heute Geburtstag habe; er hatte es am Morgen, wie immer, vergessen. Er würde ihr etwas schenken, ein Bächchen Shampoo zum Haarwaschen, ein Etui mit Kamm und Spiegel aus dem 25-Pfennig-Bazar; er würde schon etwas finden, das sie wieder verschönert.

Schwer tappelte sich Thimig die Treppe zum Rathaus hinauf und steckte den Kopf in das Guckloch der Auskunft. Der Portier wies ihn nach der ersten Etage, Zimmer 8. Es war das Zimmer des Wohlfahrtsamts für Rentrentner. Der Buchstabe T befand sich zwei Türen weiter. Als Thimig die Menschen sah, die vor ihm noch abgefertigt werden wollten, lehnte er um. Verärgert in seinem Schmerz griff er an der Türklinke daneben. Ein Beamter rief ihn an und fragte nach seinem Begeh.

Thimig setzte sich. Er beobachtete einen Mann, der breitbeinig und gesund einen Anzug verlangte. Der Wohlfahrtsbeamte meinte, die Anzüge, die das Amt ausgabe, wären durchweg schlechter als der, den der Mann trage; außerdem wäre die Kleiderkammer leer. In diesem Augenblick trat ein anderer Beamter aus dem Nebenzimmer, der seinem Kollegen etwas zuschickerte. Sie blinzelten sich beide zu und das Gesicht des Mannes wurde genehmigt. Darauf begann eine ärmliche Frau zu schimpfen; sie ließe sich nicht wieder fortzuschicken, ihre Kinder hätten daheim nichts zu essen. Sie habe auch ihre Stelle als Zeitungsaussträgerin verloren. Der Beamte versuchte trotzdem die Frau abzuweisen, aber sie begann laut zu weinen und zu schreien.

Kummerte kam Thimig an die Reihe. Er rückte humpelnd ein paar Schritte vor. Thimig beantragte das Armenrecht für eine Zwangswohlfahrt. Es handelte sich um 100 Mark, die Forderung wäre bereits ausgelegt. Der Beamte sah ihn misstrauisch an. Er griff nach dem Gerichtsbeschuß, den Thimig zum Beweis hinüberreichte.

„Sie haben schon 1928 geklagt und die Forderung lautet gar noch von 1924. Warum haben Sie so lange gewartet?“

Thimig war um eine Antwort verlegen. Er stammelte, daß er das Geld bisher nicht so dringend gebraucht habe. Mit einigem Schuldgefühl sagte er hinzu: er habe auch den Schuldner schonen wollen.

Der Sekretär sah ihn verständnislos an. Ein anderer, der mit der Sache nichts zu tun hatte, lachte boshaft, worauf ihn Thimig mit dolchenden Blicken fixierte. Der vorige verlangte von Thimig die Steuererklärung zu sehen, die er in seiner Vergeßlichkeit daheim auf dem Tisch hatte liegen gelassen. Schließlich erreichte er doch, daß der leitende Beamte einen jungen Assistenten anwies, den Amt für Thimig anzulegen.

Es waren diese Fragen anzunehmen, auch die, welche geborene seine Frau sei, wieviel Kinder Thimig habe und wann diese Kinder geboren wären. Thimig wußte diese Fragen nur in groben Umrissen zu beantworten. Bei der Frage nach seinem Einkommen war Thimig bescheiden genug, dieses nicht so hoch anzugeben. Der junge Mann zweifelte an seiner Aufrichtigkeit, weil das Einkommen des Journalisten noch unter dem lag, was der Angestellte bezog.

Zuletzt — und das wohl nur wegen seiner Hilflosigkeit mit dem schmerzenden Fuß, wurde ihm das Protokoll in einem Umschlag übergeben, den er zum Armenvorsteher seines Bezirks tragen sollte.

Thimig legte sich daheim ins Bett. Das Geburtstagsgeschenk für seine Frau bestand aus zwei Freibilletts für ein Kino, die er am Morgen geschenkt erhalten hatte. Er schlug die Decke über den Kopf und versank allmählich in eine laue, von Nicker durchglühte Behaglichkeit. Seine Frau hatte sich bis zum Nachmittag mit ihrem Schicksal und mit Thimig wieder ausgeöhnt; sie brachte ihm Kuchen und Kaffee ans Bett und legte das Heilkräuter auf den entzündeten Fuß.

Gegen Abend ging sie mit dem ältesten Jungen zum Besuch des Kinos. Thimig erhob sich, um die Sache mit dem Armenvorsteher in Ordnung zu bringen. Er bis die Sähne zusammen; mit dem Fuß war es nicht besser geworden. Aber darauf konnte man nicht warten, vielleicht brauchte man das Geld gerade aus diesem Grunde.

Auf einen Stod gestützt zog er den lahmen Fuß nach. Der Stod, obwohl es ohne ihn nicht ging, komplizierte die Sache. Wenn er ihn in der rechten Hand trug, ruhte beim Vorsetzen des linken Fußes das ganze Gewicht auf dem kranken Bein; trug er ihn in der linken Hand, mußte er in einer Art hüpfenden Bewegung sich vorwärts bringen. Manchmal stand er am Gitter eines Vorgartens still und überlegte, wie man schneller vorwärts kommen könnte.

Der Armenvorsteher wohnte etwa zehn Minuten von seiner Wohnung entfernt, doch genügte der kurze Weg, Thimig vollständig aus der Fassung zu bringen. Das Bein schien ihm bis zum Schenkel hinauf steif, es schiefte hölzern über das Steinpflaster. Thimig erinnerte sich, daß er den Armenvorsteher schon einmal vor Jahren aufgesucht hatte. Damals, während des Krieges, hatte er bei Wittmann die Ueberführung seiner Frau in eine Entbindungsanstalt beantragt. Nichts hatte sich geändert, der Armenvorsteher war derselbe geblieben, die Armen ebenfalls.

In der kleinen Wohnung Wittmanns war der Korridor schon

von Wartenden gefüllt, auch in der Küche saßen sie und waren froh, einen Platz zum Sitzen erwischt zu haben. Thimig wollte wieder umkehren, er hatte unter den Büttelern ein Fräulein aus seinem Hause erkannt, das Fiestinder in Pflege hielt. Aber Frau Wittmann redete ihn zu, nur dazubiseln, es würde nicht lange dauern. Sie unterließ sich sofort mit ihm über das Rheuma, das sie in beiden Knien habe. Thimig mußte mit der Hand sähen, wie es in den Gelenken knirschte. Sie war eine starke Frau und bedrängte Thimig unangenehm, während er auf dem Kohlentisch hockte. Thimig gab ihr auf, in nächster Zeit Abstinenz zu üben und ihre Ernährung auf vegetarische Kost umzustellen. Auch empfahl er Lehmumschläge. Frau Wittmann versuchte, einer solchen einschneidenden Verordnung sich zu entziehen, dazu war der Büttel ihres Mannes nicht Autorität genug. Sie begann, sich einem jungen Mädchen hinzuwenden, das am offenen Küchenfenster saß und hustete. Das Mädchen war wegen Verletzung in eine Lungenheilanstalt hergenommen. Sie verriet der Frau, daß draußen auf dem Korridor ihre Schwester mit ihrem Mann saße, sie konnte aber nicht sagen warum, da die Geschwister keine Beziehungen mehr zueinander hatten. Die Kranke war hoffnungslos und scheidet ihrem Leiden ganz ergeben.

Sonderbarerweise ließ der Schmerz im Fuß ein wenig nach, so daß Thimig ganz gut aufstehend zu Wittmann hinlief. Der Armenvorsteher war mürrisch und schon stark abgelenkt. Er hörte Thimig nur oberflächlich an und nahm die Feder zum Unterscheiden. Da fiel sein Blick auf die Steuererklärung, die Thimig jetzt mitgebracht hatte. Er beanstandete die Differenz, die sich aus der niedrigen Ziffer der zu versteuernden Summe und dem Gesamteinkommen des letzten Verdienstjahres ergab. Thimig mußte ihn erst erklären, daß von diesem Einkommen noch ein Drittel als Werbeausgaben in Abzug gebracht worden sei. Wittmann steckte die Papiere in einen Umschlag und gab Thimig auf, den Prüfer seines Bezirks aufzusuchen, denn die Kollage Thimigs müßte noch drücker nachgeprüft werden.

Auf dem Heimwege befiel Thimig der Schmerz im Fuß aufs heftigste. Er war ganz sinnlos vor Schmerz und irrte ohne Gedanken vor sich hin. In der Dunkelheit ging er das salzige Erde

der Straße hinauf, fand aber nicht den Mut, wieder umzukehren. So umschritt er das Häuserlorenz von rechts und tastete sich von einer Straßenecke zur anderen. Die Häuserreihen füllten sich zu schwarzen Geländern zusammen, zwischen denen er wie auf Planken dahinglitt. Der Himmel sackte schwer herab, doch manchmal war es ihm wieder, als stiehe er leicht durch sein dröhendes Gewölk und es bligte und färbte sich rot über ihm. Ingrünlich, manchmal mit einem schneidenden grellen Pfiff, hieb sich Thimig mit dem Stod vorwärts am Schulgarten vorbei und zur nächsten Straße, die zu seiner Wohnung führte. Er überschritt auch diese bis zur übernächsten, in der Herr Winter, der Prüfer, wohnte.

Thimig fürchte, wie sich Riesengewalten gegen ihn antürmten. Noch nie hatte er so schwer sechs Mark verdient, die ungefähr die Gerichtskosten der Pfändung ausmachten, zu deren Erspürnis er das Armenrecht beantragt hatte. Aber er brannte darauf, an diesem Abend auch noch den Prüfer zu beglücken. Herr Winter öffnete selbst. Er ließ Thimig im Salon Platz nehmen, wo Hindenburg von der Wand grüßte. Thimig sah abseits, während der Prüfer sich das offene Hemd am Hals zupfropfte und nach seinem Begehren fragte. Thimig reichte ihm den gefüllten Ausschlag, und Herr Winter war sofort bereit, auch ohne persönlichen Augenschein das Gesuch zu befürworten. Während er den Satz zu den Akten schrieb: „Ich bestätige Herrn Thimig seine Bedürftigkeit“, profitierte er noch schnell von dessen Kenntnissen und ließ sich von ihm den Unterschied zwischen Postell und Squarell erklären. Die Bilder stellten Landschaftszszenen mit ploppenden Granaten dar, die wie weiße Wölken im Blau des Himmels schwammen. Winter hatte sie seinerzeit als Kompagnieführer von einem Maler geschenkt erhalten. Thimig dankte, dann fiel er beim Hinausgehen in einen Garderobenschrank.

Daheim söhnte und weinte Thimig wie ein verlorenes Kind. Bis seine Frau heimkam, noch mit den erregenden und schönen Gebliden des Tonfilmabends erfüllt, ihn mit sinnlicher und feullicher Sorgfalt tröstete. Sie legte Kompressen von essigsaurer Tonerde auf den kranken Fuß — die Sache mit dem Heilkräuter war nicht das Richtige gewesen — und stellte das Radio an.

Nach zwei Tagen war der Fuß soweit wieder hergestellt, daß Thimig ohne Gefahr durch den Verkehr am Halleschen Tor zu schlingern vermochte. Acht Tage später kam sein Wohlfahrtsamt das beantragte Armenrecht. Er reichte es mit seinem Antrag auf Pfändung bei Gericht ein, aber nach ungefähr zwei Wochen erhielt er den Bescheid, daß die Pfändung fruchtlos ausgefallen war.

Max Bernardi:

Die drei Bauernmillionäre

Der reichste unter ihnen ist der „Faden-Jodl“. Er trägt noch den Uebernamen seines Großvaters, der mit jungen Schweinen, in der Mundart „Faden“ genannt, von Markt zu Markt zog. Aus dem Dörchen des Großvaters ist ein blühender Fremdenort geworden und der kleine „Fadenhof“ liegt heute inmitten vornehmer Villen und Fremdenpensionen gebettet.

Der Reichtum des „Faden-Jodl“ liegt im Eisfisch. Sein Name ist in allen Grundbüchern verzeichnet, es gibt keine Straße und keinen Schienenweg, die nicht irgendwo seinen Grund und Boden kreuzen. Die Verwertung dieses Riesengrundbesitzes macht ihm aber wenig Nummer. Er selbst betreut nur mehr ein paar Salatbeete vor dem „Fadenhof“, die an die Orchideenzucht einer Amerikanerin anrainern. Mit Knechten und Mägden plagt er sich auch nicht. Sein Hab und Gut ist „versozialisiert“, auf lange Jahre hinaus verpachtet. Aber nicht gegen einen bestimmten Pachtzins, den er aus seinen Pächtern herausquetschen muß, sondern auf Halbpacht: Die Hälfte der Erträge gehört den Bauern, die andere Hälfte ihm, dem Besitzer. Wähernten können ihn nicht verstimmen, denn ein Zweig seiner verschiedenen Landwirtschaften und Einkünfte wirft immer etwas ab. Ist es nicht der Wein, dann ist es das Obst oder eine reiche Heumad und ein voller Viehstall. Auf alle Fälle schüttet über sein Einkommenswert Jahr um Jahr eine fetze Dividende aus.

So führt der „Faden-Jodl“ ein recht gemächliches Leben. Vor allen Dingen will er gesund bleiben und steinalt werden dabei. Die vielen Kurorte aus den umliegenden Sanatorien hätten an ihm den idealen Patienten — ferngesund und reich . . .

Der frühe Vormittag sieht ihn schon auf der Kurpromenade mit den blutroten Aufschlägen seiner braunen Joppe, den grünseidenen Hosenträgern und der schneeweißen Schürze seiner Bauerntracht, erregt er im Gedränge des mondänen Fremdenpublikums berechtigtes Aufsehen. Häufig sieht man ihn im Gespräch mit Fremden, die jungen Mädchen knipfen ihn in seiner Solobauerlichkeit von allen Seiten. Bald wird der „Faden-Jodl“ auch Autogramme verteilen. Beim ersten Auftreten des Promenadenkonzertes kehrt er heim. Nicht, daß er die Musik nicht lieben würde, o nein! Aber gerade um diese Zeit ist sein „Halbmittag“, das zweite Frühstück, bereit und dies ist ihm aus Gesundheitsrücksichten lieber als das Vorspiel einer Schönberg-Oper. Der restliche Tag verläuft programmäßig zwischen weiteren Mahlzeiten, Schlafen, Zeitungstudium und Gartenbestellung. Am Abend ist der „Faden-Jodl“ Stammgast in seiner eigenen Weinlaube. Dort trinkt er ein Gläschen Rotwein und kichert gespannt die Kartenpartien armer Handwerksburschen. Nach einer Stunde aber hockt er bereits wieder daheim und bespricht mit der frommen Wirtschaftlerin (er ist Witwer) die tulinarischen Genüsse des kommenden Tages. Dann legt er sich zu Bett und lächelt zufrieden, wie nach mühsam geleistetem Tageswert, einem neuen, sonnigen Morgen entgegen.

Sympathischer ist die mächtige Gestalt des alten „Obergaiteiger“, dem unmittelbaren Nachbarn des „Faden-Jodl“. Er steht ihm an Reichtum nicht viel nach, wenn er es auch nicht wahrhaben will. Es mag ja sein, daß er nicht über soviel bares, profitables Geld verfügt, der Wert seines Besitzums liegt hauptsächlich noch im wachsenden und schlagreifen Bauholz seiner Wälder. Zwischen seinen vielen Bauernhöfen im Mittelgebirge, dehnen sich ungeheure Waldungen aus. Im Viehdauerale reißt sich ein Launenwald sogar bis über die schweizerische Grenze. Eine Hochlandwiese, die in dem Drei-Staaten-Winkel nach dem Kriege bei Oesterreich verblieb, schenkte er einem armen Wärgersorden, der da oben den berühmten „Tropfenkäse“ herstellt.

Die „Gasteiger“ sind ähnlich den Rothschülden nicht nur eine reiche, sondern auch eine sehr weitverzweigte Familie. Alle Leute in der Gegend wollen mit ihr verwandt sein, was übrigens gar nicht so unwahrscheinlich ist. Der alte „Obergaiteiger“ ist der älteste Sohn einer 22köpfigen Familie und besitzt allein 14 Schwestern mit rund 70 Neffen und Nichten. Seine Brüder sind „Studierte“ und leben mit zahlreichen Verwandten in der Stadt. Die eigenen Kinder haben ihn längst zum Großvater gemacht. „Gasteiger-Entkommen“ sind begehrt Braute, sie bringen immer einen Bauernhof oder eine Wiese oder ein Stück Wald mit in die Ehe. Die flottensten Burschen waren einst die „Gasteiger-Buben“. Der Alte verharret jeden Sonntag eine Weile an der bronzernen Erinnerungstafel der „Im Weltkrieg Gefallenen . . .“ Seine vier Buben stehen darauf, auch der jüngste, der doch nur als „Vermitt“ galt. Der Alte klammert sich — angegert durch ähnliche Fälle — an die trostlose Hoffnung, daß sein Seppl vielleicht doch noch eines Tages aus dem hintersten Sibirien

daherkäme . . . für ihn mit ein Grund, die Macht seines Besitzums bis zum letzten Atemzuge nicht aus der Hand zu lassen.

Der dritte im Bunde ist der „Tommele“. Wenn er erfährt, daß er in das Adreßbuch der Millionäre gekommen ist, erschlägt er sich mit seinem Knotenstod . . .

Ihm gehört ein ganzer Berg, freilich erst von der oberen Baumgrenze an. Den dichten Wald und die fetten Wiesen unterhalb der Hochgebirgsvegetation teilen sich der „Faden-Jodl“ und die „Gasteiger“ an. Seine Millionen beginnen mit vertiepten Zirbelbäumen, Buchholzerstauden und Alpenräutern, und enden in den nackten Felsgaden. Vor langer Zeit baute er sich in den Bergschroffen ohne viel zu fragen eine Almhütte und nahm erholungsbedürftige Zuchttiere über den Sommer in Pflege. Seltenes Glück begünstigte sein Unternehmen, alsbald wurden dieser Höhe geheimnisvolle Wunderkräfte zugeschrieben. „Tommele“ vergrößerte sein Bergsanatorium und bildete sich ganz von selbst zum praktischen Vieh- und Wunderdoktor aus. Er verstand sich auf Kräuter, Wurzeln und Zauberkraftlein wie kein Apotheker und heilte kranke Kühe mit derselben Leichtigkeit wie das chronische Gliederreihen seiner bäuerlichen Patienten. Mit großem diplomatischen Geschick wußte er so nach und nach den prägen Großbauern den nackten Felsen über ihren Häuptern abzubauen. Die „Großkopfen“ lochten immer nur über den „Spinner“, sie ahnten nicht, daß sie sich für ewige Zeiten einer unerschöpflichen Kostbarkei bezogen . . .

Er ist eine Art Rarität. Die Kinder werden mit seinem Namen geschreckt und Bergsteiger wissen zu erzählen, daß sie aus Lebensgefahr wie durch ein Wunder von einem haarigen Bergschrat errettet wurden. Im Winter besuchen ihn Skifahrer und beschenken ihn mit Tobak — damit sie ungestört ihre Furchen durch seinen Schnee ziehen dürfen . . .

Ja, ein tiefes Geheimnis hütet der „Tommele“. Wer wird der Erbe? Oder will er es mit ins Grab nehmen? Ein Geheimnis, dessen Preisgabe ihn vielleicht reicher machen würde als den „Faden-Jodl“ und die „Gasteiger“ zusammen. Während streift eine Geologenerpedition durch seine Bergwelt. Brummend sieht er zu, wie man seinen Berg abmisst, durchsicht, abbimmert und beaufacht. Wie sie seine Edelsteine — den Bergkristall, Granat und Amethyst — in zentnerschweren Brüsen aus seinem Gestein schlagen. Aber über seine harttappeligen Lippen tropft kein Sterbenswörtchen. Verbissen hockt er in seiner Hütte und bewacht wie ein Argus die warme, sprudelnde Wunderquelle, die geheimnisvoll aus seinem Berg springt und über die er schon vor 30 Jahren die arme Almhütte schügend aufgeführt hatte . . .

Der letzte Wänt. Wie eine zoologische Kommission jetzt festgestellt hat, ist der letzte Wänt Europas aus freier Wildbahn vom Erdboden verschwunden. Damit ist dieses einzige tierische Zeugnis aus vorgeschichtlicher Zeit ausgerottet. Während es vor dem Kriege in Rußland noch etwa 1500 dieser gewaltigen Stieppentiere gab, war nach den Wirren des Krieges und der Revolution nur noch eine kleine Herde im Kaukasus gerettet worden, die nach den letzten zuverlässigen Nachrichten aus 25 Stück bestand. Diese Tiere, die unter Naturgleich gestellt waren, sind nun doch gezüchtet worden, wie die Kommission berichtet, die das Gebiet unterluchte. Die Tischerfellen, Kalmläden, Kurden und Kirgisen, die hier nomadenhaft herumziehen, nahmen von dem Gezei keine Notiz. Der Wänt dürfte überhaupt bald der Vergangenheit angehören. Wie Rudolf Plestowski in „Reclams Unterwelt“ mitteilt, gibt es nur noch 50 Stück in zoologischen Gärten, davon die meisten in Deutschland. Im kaiserlich Preussischen Wildgatter in Oboerschielehen finden sich noch vier lebende Wänter, der übrige gebliebene Rest von 70 Stück, die vor einer Reihe von Jahren von dem Bestande der Bselowjeler Heide in Ostpreußen abgezweigt wurden.

Todestier. Im Innern Javas gibt es Gegenden, in denen dem Boden reine Kohlenäure entströmt, die sich in engen Taleinschnitten manchmal so dicht ansammelt, daß jeder, der zufällig in die Nähe dieser Stellen gelangt, fast augenblicklich erstickt. Die Gefahr ist um so größer, als Kohlenäure bekanntlich gänzlich geruchlos und daher vorher nicht wahrzunehmen ist. Einen dieser höchst gefährlichen Plätze haben nun die Javaner „Todestol“ genannt, und zwar mit Recht, da wirklich schon viele Menschen durch die unheimliche Ausströmung den Tod fanden. — Ein anderes Todestol liegt im Südosten Kaffiriens und wird so genannt, weil es an keiner Stelle der Erde so heiß und trocken ist wie hier. So hat man zum Beispiel im Jahre 1914 einmal eine Höchsttemperatur von 58,70 Grad Celsius gemessen, während die durchschnittliche Luftwärme über 37 Grad beträgt. Die Regenmenge des ganzen Jahres beläuft sich im Todestol auf 7,5 Millimeter.